

# Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Zugpreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtbürokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einrechnung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verlagsliste von Holzspitzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 149

Dresden, Montag, 30. Juni

1924

## Sier Monate Militärkontrolle?

Paris, 29. Juni.  
„Echo de Paris“ weiß zu melden, daß die Interalliierte Kontrollkommission in Berlin gestern einstimmig beschlossen habe, bei der Wiederaufnahme der Militärkontrollen bis zum 15. Juli zu beantragen. Die Nachprüfung der deutschen Militär- und Waffenbestände würde eine viermonatige ununterbrochene Kontrolle erfordern. In jedem Bezirke würden ungefähr 60 Kontrollbesuche vorgenommen. Die noch kritischen Punkte würden dann von einer gemischten Kommission erledigt.

## Die Verhandlungen mit der Micum.

Düsseldorf, 29. Juni.  
Westen fanden in Düsseldorf die angekündigten Verhandlungen mit der Micum statt. Von französischer Seite wird über den Verlauf folgendes mitgeteilt:

Die Verhandlungen zur Erneuerung des Micum-Abkommens sind heute um 10 Uhr wieder aufgenommen worden. Nach Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Zechen und der Industriehierarchie hat die Micum sich bereit erklärt, die verschiedenen durch die Industriellen bisher gestellten Forderungen und besonders die Kohlensteuer, die Verkehrs- und die Lizenzsteuern erheblich zu ermäßigen. Außerdem wurde eine Ermäßigung der Steuern der Micum und der Sechserkommission bezüglich einer der Streitpunkte des Monats Mai angemessenen Konzessionen. Die Micum hat jedoch entschieden, das Prinzip der kostenlosen Reparationslieferungen, wie sie das Programm der Reparationskommission bestimmt, anrecht zu erhalten.

Die Sechserkommission gibt über den Verhandlungsverlauf folgendes bekannt:  
In den Verhandlungen hat die Micum ihre Forderungen auf Lieferung der Reparationskohle auch für Juli im vollen Umfange außer Acht gelassen und jede Diskussion über eine ganze oder teilweise Begrenzung, oder Kreditierung und über eine Verzögerung der zu liefernden Kohlenmenge abgelehnt. Dagegen bot sie eine Ermäßigung der Kohlensteuer bis zur Hälfte und unter Umständen auch noch darüber hinaus, ebenso eine Verminderung der Ein- und Ausfuhrsteuern, sowie eine Verminderung der Verkehrsabgabe für Nebenprodukte auf die Hälfte an. Neugierig wurde für den Juli eine Ermäßigung abgelehnt. Für Juli wurde eine solche von 40 Proz., für August und die anderen Nebenprodukte eine solche von 20 Proz. zugesagt. Die Sechserkommission vertrat die Auffassung, daß die Ermäßigungen im Verhältnis zu der Gesamtbelastung außerordentlich gering sind und daß angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage im rheinisch-westfälischen Bezirk mindestens die Kohlensteuer und die anderen gebliebenen Belastungen vollständig wegfallen müßten. Die Sechserkommission wird heute der Regierung über die Verhandlungen berichten.

Die Vertreter des Ruhrbergbaues haben heute, Sonntag, in der Frage der Micumverträge mit einer kurzen Unterbrechung von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends mit der Reichsregierung verhandelt. Auf Grund der ihnen erteilten Instruktionen werden sie morgen die Verhandlungen mit der Micum in Düsseldorf wieder aufnehmen. — Wie aus Paris mitgeteilt wird, erklärte der Außenminister, entgegen den Mitteilungen gewisser Blätter, es habe zwischen der französischen und belgischen Regierung dauernd völliges Einverständnis in der Frage der Erneuerung der Micumverträge geherrscht und es seien von beiden Regierungen die gleichen Instruktionen an ihre Vertreter in Düsseldorf ergangen.

## Nach der Rückkehr aus der Verbannung.

Essen, 29. Juni.  
Der Strom der Ausgewiesenen, die in diesen Tagen mit einemmal zu Tausenden ins besetzte Gebiet zurückkehren und dort Heimat, Wohnung und Arbeit suchen, wird große Schwierigkeiten schaffen, zu deren Lösung die Besetzung Reich, Länder und die Gemeinden des besetzten Gebietes ihre ganze Kraft einbringen müssen. Der morgen zusammen tretende neu gebildete Reichsausschuß für die besetzten Gebiete dürfte ein gutes Stück Arbeit bewältigen müssen. Die an sich schon schwierige Wohnungsfrage findet glücklicherweise durch die am 1. Juli beginnenden Schulferien eine gewisse Hilfe; denn die von verschiedenen Gemeinden freigehaltenen Wohnungen werden nicht entfernt ausreichen, die Klassenanstalten nach Wohnraum zu befriedigen. Infolge der Ferien können in den Schulen für den Augenblick wenigstens Quartiere geschaffen werden. Die zurückkehrenden Arbeiter werden bei der im besetzten Gebiet herrschenden Wirtschaftskrise möglichst in kurzer Zeit Arbeit finden. Die ständige Betreuung von zwei Monaten muß daher verlängert werden. Die der Beamtenbesetzung angepaßten und nach der sozialen Stellung der Unterhaltungsbedürftigen sich richtenden Sätze der Betreuung, die bisher von 14 Tagen zu 14 Tagen (auf 85 Proz., 70 Proz. usw.) gekürzt wurden, müssen höher gehalten werden. — Die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten schließt allerdings, wie die Reichspressesekretäre hervorhebt, noch nicht die Wiedereinstellung ins Amt in sich, aber auch hier ist, wie wir hören, eine unerkennbare Besserung festzustellen. Einer ganzen Reihe von Anträgen um Wiedereinstellung, die an die Bezirkslegierungen der Rheinlandkommission gerichtet werden müssen, ist stattgegeben worden. An unrichtiger Stelle betrachtet man die Wiedereinstellung als selbstverständliche Konsequenz der Erlaubnis zur Rückkehr. Wenn schließlich da und dort noch Beschlagnahmungen von Wohnungen und dergl. vorkommen, so handelt es sich augenscheinlich um Maßnahmen von polizeilichem Charakter, obwohl sie durch die polizeiliche Umfassung im Rheinland überholt sind. Nach diesem Zustand dürfte bald ein Ende gemacht werden, da von Paris aus bereits entsprechende Anweisungen ergangen sind.

## Präludium zur Londoner Konferenz.

### Teilnahme Südslawiens, Rumäniens, Portugals, Polens und der Tschecho-Slowakei.

Paris, 30. Juni.  
Wie dem „Patrie“ aus London gemeldet wird, finden in Paris, London, Brüssel und Rom Verhandlungen statt, um zu bestimmen, in welcher Form und in welchem Maße die kleinen Mächte, die ein wirkliches Interesse an der Reparationsfrage haben, an der Konferenz von London teilnehmen könnten. Es geht zwei Gruppen von Staaten, die erste, der Südslawen, Rumänen und Portugal angehörend, habe ein Recht auf die Reparationszahlung, die zweite, der Tschecho-Slowakei und Polen angehörend, habe kein Recht auf Reparationszahlungen. Diese beiden Mächte müßten aber als Sukzessionsstaaten der Mittelmächte an dem System der Besatzungsabgaben teilnehmen. Sie seien also an den Verhandlungen interessiert. Es sei wahrscheinlich, daß gemäß dem Vorschlag der britischen Regierung diese fünf angefordert werden würden, an der Konferenz durch ihre in London beglaubigten Gesandten teilzunehmen.

### Die belgische Delegation.

Paris, 30. Juni.  
Nach einer Mitteilung der „Gazette“ wird sich die belgische Delegation auf der Londoner Konferenz aus dem Ministerpräsidenten Theunis, dem Außenminister Schmand, ihrem Ratsmitglied dem zweiten belgischen Vertreter in der Reparationskommission im Ruhrgebiet Pennecart zusammensetzen.

### Man hält am 16. Juli fest. Bestätigung der Vertretung der technischen Berichte.

London, 30. Juni.  
„Daily Telegraph“ bezeichnet die Gerüchte über eine wahrscheinliche Vertretung der für den 16. Juli nach London einberufenen Konferenz als unbegründet. Die eingeladenen ausländischen Gäste während der Konferenzperiode: Gäste der britischen Regierung sein. Der genaue Status der Vertretung der europäischen Regierungen, die an der Konferenz teilnehmen, werde erstet. Von mancher Seite wurde anerkannt, daß die Londoner Gesandten dieser Mächte, unterstellt von ihren Sachverständigen, die der Reparations-

kommission angegliedert sind, die Interessen dieser Mächte in angemessener Weise vertreten. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß in jedem Falle ein Ratsmitglied, sei es Premierminister, Außenminister oder Finanzminister, als Bevollmächtigter seiner Regierung fungieren soll. Die Einberufung der Konferenz für den 16. Juli würde eine Bescheinigung der vier wichtigsten technischen Berichte notwendig machen, in welchen die Einzelheiten des Tawesplans sich in Vorbereitung befinden. Der Bericht über die Bahnen werde untermittelbar die Frage berühren, ob irgendwelche Einrichtung der gegenseitigen Regie für das rheinisch-westfälische System in der Übergangszeit für die Besatzungsgebiete beibehalten werden oder, ob diese Beibehaltung in Widerspruch zu den Empfehlungen des Tawesausschusses stehen würde und ob die betreffenden Klauseln der Rheinlandkonvention nicht allen Erfordernissen des alliierten Oberbefehls Genüge tun würden. Es ist nach Ansicht des Berichtes schon aus finanziellen Gründen unüberwindlich, daß die Frage der fortgesetzten militärischen Besetzung des Ruhrgebietes im Zusammenhang mit dem Tawesplan aufgeworfen wird, weil General Tawes und seine Sachverständigen die Auffassung niedergelegt haben, daß die in ihrem Plane vorgesehene Garantie der Annuitäten alle Verträglichkeiten einschließen sollen, so daß die Besatzungskosten auf ein Minimum beschränkt werden müßten.

Macdonald habe mit Takt und Klugheit gehandelt, daß er es Frankreich und Belgien überlassen habe, die Initiative in der Frage der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes zu ergreifen. Da die Besetzung des Gebietes das Ergebnis einer ausschließlichen Vereinbarung zwischen Paris und Brüssel war, so könnten sie es am besten abändern oder aufheben. Der Berichterstatter sagt hinzu, bis zum 6. Juli würden diese Garantien und verwandte Fragen, die sich innerhalb der besonderen Befugnisse der alliierten Regierungen im Gegensatz zur Reparationskommission befinden, zweifellos von den Regierungen auf dem Wege der direkten diplomatischen Kanäle erörtert werden. Daher müßten, wenn die alliierten Staatsmänner in London zusammen träten, die in den vier technischen Berichten enthaltenen Elemente zusammen mit den Ergebnissen des diplomatischen Meinungsaustausches über die mehr politischen Fragen einen ziemlich halbtägigen Entwurf des Protokolls gestalten, der alle Bestimmungen und Bedingungen für die Konferenz, und den Zeitpunkt sowie die Art der Verhandlung enthalten.

## Eine elsässisch-lothringische Generaldirektion.

### Die Einbeziehung in den Bereich der französischen Gefangenschaft.

Paris, 29. Juni.  
Die Nachricht des „Journal“, daß der Generalkommissar in Straßburg à la Petite seine Demission eingereicht habe, weil er über die beabsichtigte Einbeziehung Elsas-Lothringens in den Bereich der französischen Gefangenschaft nicht biftigt worden sei, wird von den Blättern demontiert. Er werde nur eine kurze Weile angetreten. Er werde am Dienstag nach Straßburg zurückkehren und am Mittwoch von dort nach Paris fahren. Der „Temps“ meldet, daß die Regierung in aller Eile einen Gesandten in der Kammer einbringen werde, der an Stelle des elsässisch-lothringischen Generalkommissars eine Generaldirektion vorsetze, an deren Spitze voraussichtlich der Rektor der Straßburger Universität Charley stehen werde.

## Eine lehrreiche Abstimmung in der französischen Kammer.

Paris, 29. Juni.  
Die französische Kammer stimmte gestern über den Artikel 1 und 2, die dem Finanzminister für den Wiederaufbau provisorische Kredite in Höhe von 5 278 765 135 Franken für Juli, August, September, Oktober und November 1924 zur Verfügung stellen. Außerdem wurde über den Artikel 3 abgestimmt, der dem Finanzminister die Ermächtigung erteilt, 280 987 800 Franken für den Unterhalt der Besatzungsstruppen im Elsaß und Lothringen zu veranschlagen. Bevor die Abstimmung erfolgte, erklärte Blum, daß er und seine Freunde sich der Abstimmung enthalten würden, da sie die Ruhrpolitik immer bekämpft hätten. Auf Grund dessen nimmt der Ministerpräsident Herriot das Wort und erklärt, daß er die Haltung der Sozialisten bereue. Als dann ein Abgeordneter des Nationalen Blocks die Behauptung aufstellte, daß die Regierung auch ohne die Sozialisten eine Mehrheit erhalten werde, stellt der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Eine Anzahl Sozialisten stimmt nunmehr für den Artikel 3, um das Kabinett vor Übertragungen zu schützen. Die Artikel 1 und 2 werden mit 457 gegen 27 Stimmen angenommen. Die Annahme des Artikels 3 erfolgt mit 457 gegen 26 Stimmen.

An der Abstimmung beteiligten sich 48 Sozialisten, unter ihnen Boncour, Roulet und Renaud-L. Alle übrigen 61 sozialistischen Abgeordneten haben sich der Abstimmung enthalten. Die Dinge liegen zu klar, als daß aus dem Zwischenfall unerwartete Ergebnisse für die Stellung der Partei zur Ruhrfrage gezogen werden könnten. Dagegen bleibt, was eine innerpolitische Angelegenheit ist, der Eindruck einer höchst mangelhaften Vorbereitung der Abstimmung bestehen. Daß die Ruhrkredite zur Sprache kommen würden, war der Regierung und den Parteien bekannt, und es ist verwunderlich, daß man es soweit hat kommen lassen, daß mitten in der Sitzung unter den ironischen Zurufen der Rechten eine Fraktionsberatung abgehalten werden mußte. Blum hat den außerordentlichen Charakter der Abstimmung genügend gekennzeichnet und damit klargestellt, daß sie nicht als Maßstab für die innere Festigkeit des Blocks der Linken genommen werden kann, wie das die Presse der Rechten heute tut. Innerhalb bleibt von diesem Vorfall, der Herriot gezwungen hat, sich auf einen Teil der Rechten zu stützen, soviel übrig, daß er in gewissen Grade denen recht gibt, die auf dem sozialistischen Parteitag den Eintritt in die Regierung der Unterhaltungs-politik vorzogen. Baronne, der zu ihnen gehörte und der gestern in der Kammer den Vorsitz führte, schreibt heute im „Quotidien“: Blum halte die Stimmhaltung der Sozialisten angeklagt, aber dadurch, daß Herriot die Vertrauensfrage stellte, nahm die Abstimmung einen anderen Sinn an. Einen Augenblick könnten sie glauben, daß die Sozialisten sich einmütig zugunsten des geringen Opfers einschließen würden, das von ihnen verlangt wurde. Sie haben sich nicht dazu bereit gefunden, wenigstens nicht alle. Man wird es

kennen, daß die Unterabteilung ebensoviele, nicht weniger kompetent, aber viel mehr sicher ist, als die offene rechte Arbeit in der Regierung.

Kongress der Vereinigung für den Völkerverbund.

Lyon, 29. Juni. Der achte Kongress der Vereinigung für den Völkerverbund wurde heute unter dem Vorsitz des früheren holländischen Finanzministers Treub und dem Generalsekretär der Vereinigung Prof. Kupffer-Franck im Palais de la Mutualité eröffnet.

Eine internationale Freundschaftswoche.

Paris, 30. Juni. Unter den Auspizien der östlichen Friedensbewegung des Vereinigung Trait d'Union der Liga für deutsch-französische Annäherung der deutschen Weltfriedensliga, der englischen Vereinigung „No More War“ und der holländischen und belgischen Vereinigung der praktischen Idealisten soll vom 27. Juli bis zum 4. August in Frankreich eine internationale Freundschaftswoche abgehalten werden.

Die britisch-russischen Verhandlungen. Keine Verständigung.

London, 29. Juni. Die Aussichten der englisch-russischen Konferenzen sind unüberwindlich ungünstig. Rakowsky hatte am Freitag schon die dritte Unterredung mit dem Komitee der privaten Gläubiger, wobei beschlossen wurde, keine Informationen zu veröffentlichen.

Die Sudanfrage. Nächtliche Jagat Pascha.

Kairo, 29. Juni. Jagat Pascha ist zurückgekehrt. Er berichtete in der Kammerdebatte über die Verteilung der britischen Regierung, daß sie den Sudan nicht aufgeben und ihrer Politik vom 28. Februar 1922 treu bleiben werde.

Zur Ermordung Petkoff. Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Sofia, 29. Juni. Die letzte Sitzung der Sobranje gestaltete sich im Anschluß an die Unterredung über die Ermordung des Abgeordneten der Bauernpartei, Petkoff, sehr bewegt.

Die Antwort Japans auf Amerika.

Tokio, 29. Juni. Das japanische Kabinett hat seine Antwortnote an Amerika in den Grundzügen fertiggestellt. Die Note geht in den nächsten Tagen nach Washington ab und ist in freundschaftlichem Tone gehalten.

Rundgebungen gegen den Einwanderungsgesetz geplant. Das Parlament wird einen besonderen Protestbeschluß fassen.

Der Graf-Prozess.

Stettin, 29. Juni. Im Graf-Prozess wurde gestern die Vernehmung des Leutnants Sander, der einer der Hauptzeugen ist, fortgesetzt. Der Zeuge hat seinerzeit ausgesagt, daß er über die Tat nicht erkannte war.

Der Zeuge belundet weiter, daß Oberstaatsanwalt Krieger bei der angeordneten Vernehmung der Schupooffiziere gleich gesagt habe, das darüber ausgekommene Protokoll solle nicht an die Staatsanwaltschaft Zustellung geschickt werden.

Als Leutnant Sander nochmals verhörert, daß er niemals die Namen der wahren Täter dem Leutnant Reinhardt mitgeteilt habe, bemerkt Frau Reinhardt, die dem ganzen Prozess bewohnt, Sander könne die Täter nicht angeben.

Zeuge Mäliges, Inhaber des Sportkasinos in Hamburg, hat die Nachener Verurteilung vor dem belgischen Gericht in zwei Absätzen, Sander hat zu dem Zeugen bei der Gegenüberstellung vor dem belgischen Gericht geäußert: Wir haben jetzt gefunden und ich bin bestimmt am Montagabend bei Dir in Brüssel gewesen.

Kleine Auslandsnachrichten.

London, 30. Juni. Im Transportwesen drohen wieder zum Verwickelungen. Gestern wurde eine Massenversammlung aller Klassen von Transportarbeitern in London abgehalten.

Bologna, 28. Juni. Der seit einigen Tagen vermisste Kaffizier im Parteibureau der unitarischen Sozialisten erklärte nach seiner Rückkehr, er sei nach Mittelmeer auf dem Nachhausewege von mehreren verurteilten Personen angehalten.

Athen, 28. Juni. Bei dem Streit der griechischen Marineoffiziere gegen den Marineminister handelt es sich, wie jetzt festgestellt wird, um ein regelrechtes Komplott der Militärs gegen die Regierung überhaupt.

Völkische Gesekentwürfe. Straffreiheit für die Hochverräter.

München, 29. Juni. In alle bisherigen Bemühungen der Völkischen, die Staatsregierung zum Eingreifen in die Justiz zu zwingen, der verurteilten Hochverräter des 8. November 1923 zu bewegen, keinen Erfolg hatten.

Rürnberg, 29. Juni. Laut „Frankfurter Kurier“ hat der Oberreichsanwalt neue Haftbefehle gegen den Kaufmann Berthold und den Hauptmann A. Müller wegen Beihilfe zum Hochverrat im Hitlerputsch erlassen.

Klopstock.

(Zur 200. Wiederkehr seines Geburtstags.) In der Pleißenstadt Ludwigsburg am Friedrich Gottlieb Klopstock am 2. Juli 1724 zur Welt. Als Bodmers Prosabearbeitung von Wilton, „Berlorenem Paradies“ erschien, war er acht Jahre alt.

restituierten Königtum der Goten; dort die tränenreiche Verherrlichung des Heliandweges vom Himmel durch die Hölle zur Erde und von da wieder in den Himmel zurück: das höchst subjektivistische, tat- und wirklichkeitsferne Werk eines Humilisten und Lyriker.

Inzwischen hat Klopstock die stilkonnen Leipzig, wo er seine Studien, und Langensalza, wo er eine unerwiderte Liebe zu seiner Waise Schmidt (der „Jenny“ seiner Oden) abfoliert, hinter sich gebracht und ist zum anerkannten Haupt des damaligen jungen Deutschland geworden.

dichterische Wirklichkeitserschaffung, und die Gottschebaner hatten nicht ganz Unrecht mit ihrem Spott über die Herrnhutische Schwärmerei dieke Art von Poesie. Und es war nicht gerade ein exquidisches Urteil, das die moderne klassische Dichtkunst der Deutschen mit dieser vagen, reißigen Sentimentalität überkam.

Aber wie ein ungeheurer Unterschied zwischen seinem „Wessias“ und Wiltons „Berlorenem Paradies“! Hier das Kampfbuch des alten Streiters für die Republik, für die Befreiung des englischen Volkes vom

neuen Wessias adäquate Dichtform entgegen. So begriffte man in Deutschland die drei ersten Gesänge des „Wessias“, die Klopstock 1748 in den „Vormer Beirägen“ veröffentlichte, als dichterische Offenbarung.

Eine neue Welle der Klopstock-Begeisterung ging durch Deutschland, als der Dichter 1771 seine Sammlung „Oden“ veröffentlichte. Der „Beitrag der Griechen“ hatte hier, unter Anlehnung an antike Vorbilder, neue Wege zur Formung dichterischer Eigenlebensbeschreibungen beschritten.

schon besagte, die gegenwärtige Zeit, die sich als ein unkontrollierbarer Präzedenzfall, feierte in Oden und abfolnt ungenießbaren Dramen (für die er den Epitheton „Karlheide“ erfand) dem Überwältigten Kaminus und bewillerte seinen germanischen Champ anachronistisch mit spätantiken Feldengöttern, die von vornherein zu einem papierenen Dasein verurteilt waren.

# Muhr- und Aufwertungsfragen im Reichstag.

16. Sitzung vom 28. Juni.

Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt, daß die Privatklagenverfahren der Bankiers Dr. Karl Reichler und Max Warburg in Hamburg gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Frisch für die Dauer der Sitzungsperiode aufgeschoben werden sollen. Der Verzichtswortungsauspruch hat demgemäß entschieden.

### Abg. Lorbe (Soz.)

gibt seiner höchsten Verwunderung Ausdruck, daß die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag stelle, der verhindern solle, daß der Beweis für die Behauptungen von Frisch akzeptiert werde. Der Tatbestand ist folgender:

Frisch habe in den Jahren 1922/23 die schweren Verbrechen über Warburg und Reichler ausgeführt, die ihnen Landesverrat, schwere Ehrlosigkeit, Schleichungen in das Ausland, Schwächung Deutschlands durch schändliche finanzielle Schändungen vor dem Kriege, Verlangern des Krieges durch Verhinderung eines Frieden mit England und ähnliche Verbrechen auch nach dem Kriege vorgeworfen. Als Warburg und Reichler flüchten, hat Frisch seine Behauptungen am 7. Februar 1923, unter dem Ausspruch: „Schon am 18. Mai 1923 hat er aber seine Behauptungen wiederholt. Auf die neue Frage wurde der erste Termin am 24. September 1923 festgesetzt. Frisch erschien nicht. Der nächste Termin am 28. Januar 1924 mußte ausfallen, weil durch die Verordnung der Reichsregierung vom 9. Januar, alle diese Prozesse bis April 1924 stillzulegen waren. Als dann am 27. Mai der dritte Termin festgesetzt war, fand sich Frisch wieder nicht ein. Der Prozeß wurde auf den 1. Juli verlegt. Nun vertritt sich Frisch, der inhaftiert in den Reichstag gewählt ist, hinter seine Juristerei. Letzte Schluß: Man müßte doch annehmen, daß die nationalsozialistische Fraktion keinen schändlicheren Wunsch haben als die Warburg und Reichler zu entlasten; jetzt aber drücken sie sich in das Gegenteil von Wahrheit. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Henning (Nat.-Soz.): Die Erfahrungen mit jüdischen Richtern verheerlichen unseren Antrag. Erst jüngst hat der Amtsgerichtsrat Friedrich die Ketten verloren, weil ich mit dem Hakenkreuz vor ihm erschienen bin. Wir haben seine deutschen Gerichte nicht, sondern international verheerliche Gerichte. (Beifall f. b. Nationalsozialisten, Heiterkeit bei den übrigen Parteien. Der Präsident rügt die Ausdrucksweise.)

Abg. Lorbe (Soz.): Es handelt sich gar nicht darum, Jüden vor Angeklagten zu schützen, sondern den Nationalsozialisten die Möglichkeit zu geben, ihre Behauptungen aus dem Wahlschutz zu entfernen. Die Anwesenheit der Nationalsozialisten ist nicht ernst zu nehmen. Ich frage dich, ob du nicht ernst die Verleumdung Ludwig Wolff 150 000 RM. Schadloß verhängt, während wegen Verleumdung des Reichspräsidenten ein von der Regel nur 50 RM. angelegt werden. Schützen Sie von der Nationalsozialistischen Partei doch nicht die Juden, sondern lassen Sie der gerichtlichen Untersuchung freien Lauf, damit Jüden endlich entlastet wird. (Stürmische Heiterkeit und lebhafteste Zustimmung.)

Abg. Haas (Dem.) bezeichnet die Handlungsweise des Abg. Frisch als unanständig. Der Reichstag dürfe solche Unanständigkeit nicht dulden. (Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Henning (Nat.-Soz.): Vor deutschen Gerichten, wo nicht deutsches Recht, sondern ein internationales Recht gilt (Unruhe und Heiterkeit), wird Abg. Frisch doch keine Gelegenheit zum Beweis seiner Behauptungen finden.

Abg. Brodauf (Dem.) beantragt die Rückverweisung an den Ausschuss.

Abg. Zauch (D. V. P.) nimmt die deutschen Gerichte gegen den Angriff des Abg. Henning in Schutz und meint, die Nationalsozialisten müßten doch selbst ein Interesse an schleuniger Aufklärung haben.

Nach längerer Debatte wird schließlich der Antrag Brodauf im Himmelpunkt, mit 128 gegen 124 Stimmen, angenommen.

Auf Vorschlag des Ausschusses wird hierauf, ohne Debatte, die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Buchmann, Florin und Schlicht beschlossen. Die vom Oberreichsanwalt nachgeleitete Genehmigung zur Beugenernehmung des Abg. Rabel (Komm.) wird verweigert.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Korell (Dem.) über die Rolle der Russen in den besetzten Gebieten. Verbunden damit wird ein Antrag des Zentrums auf Einsetzung eines Sonderausschusses zur Überwachung der Fürsorge für die aus dem besetzten Gebiet Vertriebenen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Überprüfung der Richtlinien für die Restauration der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Abg. Korell (Dem.) begründet die demokratische Interpellation, in der darüber Klage geführt wird, daß die Verhältnisse für Ausgewiesene unzureichend und ungerecht abgestuft sind, daß ausgewiesene Beamte abgebaut sind, daß dem Land Hessen keine Entschädigung für die zahlreichen beschlagnahmten öffentlichen Gebäude gewährt worden ist. Wenn jetzt ein großer Teil der Ausgewiesenen zurückgekehrt werden. Der Antrag des neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot solle man nicht mit Bedacht-Kritik gegenübersetzen, oder auch nicht mit übertriebenen Hoffnungen. Es zeige nicht von neuem Geist, wenn heute noch Bewohner einer letzten Stadt bestraft werden, weil sie am Fronleichnamstage ihr Haus mit den Farben der deutschen Republik flaggten. Der Redner dankt, unter lebhaftem Beifall, den Betroffenen des besetzten Gebietes für die dem Reiche bewiesene Treue.

Abg. Ufer (Zit.) bedauert, daß die vom Reichstag und den Ausgewiesenen gegebenen Zusagen nicht gehalten worden sind. Namentlich die Maßnahmen des Reichsverkehrsministeriums müßten zur ernstesten Kritik herausfordern. (Lebhafteste Zustimmung.) Der Redner begründet einen Antrag, unverschieblich einen Sonderausschuß einzusetzen, der die Aufgabe hat, die Forderungen für die aus dem besetzten Gebieten Ausgewiesenen oder Gefangenen, insbesondere die volle Wahrung der widerstandenen Rechte der betroffenen Beamten, zu überwachen.

Abg. Dr. v. Thun (Deutschnat.) unterstützt den Antrag auf Einsetzung eines Sonderausschusses. Das schwer leidende besetzte Gebiet müsse als Ausnahmegebiet behandelt werden.

### Abg. Solkman (Soz.):

Die Rückkehr von Verbannten Ausgewiesener ist das erste Anzeichen einer beginnenden Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland, die niemand mehr ernst als die Bevölkerung am Rhein. Wir überschauen die Ge-

der neuen französischen Regierung nicht. Sie ist aber ein beachtenswerter Anfang. Seit dem Rücktritt Poincarés spüren wir im Rheintal die Anfänge zu einer politischen Kultur, wie sie der beiden großen europäischen Völker würdig wäre. (Zustimmung.) Allerdings hätte man sofort nach Beendigung des passiven Widerstandes die Verhandlungen öffnen, die Ausgewiesenen zurückkehren lassen müssen. Daß es nicht geschah, ist eine dauernde Schmach für die Regierung Poincaré.

Es wäre unehrlich und unflug, zu leugnen, daß die jetzige französische Regierung ungewissheit mit den bisherigen Methoden gebrochen hat. Als rheinischer Abgeordneter sage ich für ihren Akt der Menschlichkeit und politischen Klugheit. (Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir danken insbesondere aber den französischen Sozialisten, unteren Ranken, die mit Erfolg ihren Einfluß für die Ausgewiesenen und Gefangenen geltend gemacht haben. (Staus.) Wir erwarten, daß die französische Politik auf den besetzten Gebieten weiter fortfährt, damit ein Abbau des Hasses sich vollzieht. Wir erwarten vor allem auch, daß die französische Politik auf die Separatisten am Rhein zu unterdrückt. (Lebhafteste Zustimmung im ganzen Hause.) Wenn die rheinische Bevölkerung sieht, daß die militärischen Besatzungsbehörden nach den bisherigen Verhandlungen der Regierung Herriot arbeiten, wird bald eine politische Entgiftung im Rheintal eintreten.

Es sind viel Dankesworte zum Lobe der Ruhrkämpfer gesprochen worden. Der wirkliche Dank des Landes war aber sehr schlecht. Am Ende des passiven Widerstandes hat die Schwereindustrie, die auch die Rechte dieses Landes politisch vertreten wird, den Arbeitern, die lange Monate ausgehalten haben, ten Achtstunden getraut. (Minutenlange Schimpfereien der Kommunisten gegen den Redner und die Sozialdemokraten.) Wir sind in das gerathen, daß die Kommunisten, wenn wir die Radikalen angreifen, diesen in Hilfe kommen. (Neues Loben der Kommunisten.) Es ist bedauerlich, daß der Reichsarbeitsminister, der seinen ganzen sozialpolitischen Wert verspielt hat, auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf diesen Haß am Achtstundentage zu rechtfertigen sucht. Die Reichsregierung scheint für die Fülle der Ausgewiesenen keine nennenswerten Vorkehrungen getroffen zu haben. Der Redner befragt dann mit Material die Angehörigen, das Fehlen von Einrichtungsgegenständen und andere Notstände der Zurückgekehrten. Besonders nachdrücklich wendet er sich gegen die Benachteiligung der Arbeiter, Angehörigen, Beamten und freien Berufe gegenüber den Beamten. Während diese bei der Rückkehr, auch wenn sie nicht in ihre alten Stellungen einzutreten können, ihr Gehalt beziehen, was wir ihnen können, sind die übrigen Zurückgekehrten noch zwei oder drei Monaten auf die Erwerbssituation unter Achtung angewiesen. Schärft greift Solkman das Reichsverkehrsministerium an, das gegenüber den Opfern des passiven Widerstandes, soweit es Arbeiter sind, genau gehandelt hat wie jeder kapitalistische Unternehmer. Besonders zu verurteilen ist die Entlassung von 2400 Schwereindustriebeschäftigten durch die Eisenbahn im besetzten Gebiet. Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Entlassungen überhaupt rechtmäßig sind.

Ich appelliere an den Reichsverkehrsminister persönlich, hier Wandel zu schaffen. Sowohl

während des passiven Widerstandes wie jetzt zeigt sich die Klassencheidung des Kapitalismus auch in der Behandlung der Ruhrkämpfer und Ruhrpflüchtlinge. Wir erwarten, daß der auf unseren Antrag zu bildende Sonderausschuß Gerechtigkeit schafft, soweit es geht. Die Reichsregierung aber möge bedenken, daß in den kommenden Jahren die Rheingebiete noch oft neuen Bedrückungen ausgesetzt sein können. Sparen Sie nicht an Millionen dort, wo Verschwendung vielleicht mit Milliarden oder mit noch größeren unerblickbaren Verlusten geknüpft werden müssen. (Lebhaftester Beifall bei den Soz.)

### Dr. Goette, Minister für die besetzten Gebiete,

schließt sich, im Namen der Regierung, dem Dank an die Bevölkerung des besetzten Gebietes an. Er dankt auch besonders dem roten Kreuz für seine Betreuungsarbeit und teilt dann mit, daß General Legoutie verfügt habe, daß die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen, deren Zahl 142 000 beträgt, sämtlich zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich Aufgeführten, meist höheren Beamten. Der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Hilfeleistung des Reiches für die Bevölkerung des besetzten Gebietes entgegenstellen. Schließlich geht er auf die einzelnen Maßnahmen der Regierung ein und spricht die Erwartung aus, daß nach dem Abbau der Krieg- und Besatzungs-schäden schneller und wirksamer als bisher die Schäden ausgeglichen werden können. Er begrüßt die Einsetzung des Sonderausschusses und erhofft von ihm ein gewichtiges Zusammenarbeiten mit der Regierung zum Besten des besetzten Gebietes. (Beifall.)

Abg. Florin (Komm.) schildert verschiedene Fälle, in denen kommunistische Arbeiter wegen ihres Kampfes gegen die Ruhrbesatzung verfolgt und bestraft worden sind, während deutsche Bürgermeister, Zentrumsmänner und deutschnationale, diese deutschen Kommunisten bei der Besatzungsarmee denunzierten (Lärm und Rufe der Komm.: Schöne Patrioten. Landesverrat!).

Abg. Halle (D. V. P.) dankt den Rheinländern für ihre treuen Kulturen trotz Willkür und Zensur. Jetzt müsse dem Recht der Weg gebahnt werden, damit das Rheintal vor neuen Exzessen bewahrt bleibt.

Abg. v. Ramin (Nat.-Soz.) bezeichnet es als eine Schande, daß Deutschland sich die unethischen Gefangenen-Rückhandlungen immer wieder gefallen lasse. Der Optimismus der deutschen Regierung in Bezug auf Herriots Regierungserklärung sei unbegründet.

Tamit schließt die Aussprache. Die Anträge werden dem neugebildeten Sonderausschuß für das besetzte Gebiet überwiehen. — Ohne Debatte werden dann die Verträge mit England und Litauen in dritter Lesung endgültig angenommen.

Hierauf folgt die gemeinsame Beratung der

Anträge zur Aufwertungsfrage, in denen die Änderung oder Aufhebung der dritten Steuernotverordnung verlangt wird.

Abg. Herz (Deutschnat.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Die darin enthaltene Aufschriftvorschrift ist so ungerecht, daß die meisten Schuldner sich schämen, sie anzuwenden und aus Anstandsgefühl mehr zahlen. Im Volk wächst immer mehr das Gefühl, daß eine gerechte Aufwertung der durch die Inflation entwerteten Rupfänge notwendig sei. Das muß schnellstens geschehen, denn der jetzige Zustand bildet auch das Fundament für die große W-

### Poetik "Die deutsche Gelehrtenrepublik" (1774), die eine Art theoretische Begründung dieses Vordenkens geben will, fiel mit Recht der Berggenossenschaft anheim.

Über ungerissen diebt Klopstocks sprachspielreiches Werk. Er hat, in den Spuren Dillers wandelnd, im Verfall der deutschen Poesie, eine reiche Saat ausgestreut, die in köstlichen Blüten aufging. Die Zeit fühlte seinen Wert. Als Klopstock (am 14. März 1803) starb, bereitete ihm die Stadt Hamburg eine Leichenfeier, wie sie bis dahin noch keinen deutschen Dichter gehabt hatte. Auf dem Friedhof zu Ottenhof liegt er neben seiner Gattin und seiner zweiten Gattin begraben.

Max Adler.

### Ein unbekannter Brief Emile Zolas.

Die „Kunstschau“ veröffentlicht nach der „Kunstschau“ einen bisher unbekanntem Brief Zolas an Gossart aus dem Jahre 1890. (Zola war in Paris.)

Paris, am 4. Juli 1871.

Mein lieber Paul!

Dein Brief hat mir viel Freude gemacht, denn ich begann, Deinetwegen unruhig zu werden. Seit vier Monaten haben wir voneinander nichts gehört. Wegen Mitter des vorigen Monats habe ich Dir nach Spanien geschrieben. Dann habe ich gehört, daß Du von dort abgereist warst und mein Briefirreführte ist. Ich war in großer Sorge, Dich wiederzufinden, als Du mich aus der Verlegenheit löst.

Du fragst mich nach meinem Befinden. Da hast Du meine Geschichte in wenigen Worten: Ich habe Dir, glaube ich, kurz vor meiner Abreise aus Barcelona geschrieben und versprochen Dir einen neuen Brief nach meiner Rückkehr nach Paris. Ich bin am 14. März in Paris angekommen. Vier Tage später, am 18. März, brach der Aufstand aus, der Postverkehr wurde aufgehoben, ich dachte nicht mehr daran, Dir ein Lebenszeichen zu geben. Zwei Monate lang habe ich wie im

Schmelzen gelebt, Tag und Nacht brummen die Kanonen und zuckt die Granaten über meinem Kopf, in meinem Garten. Endlich, am 10. Mai, bin ich mit Hilfe eines preussischen Postbeamten geflohen, da mir die Verhaftung als Geißel drohte, und bin nach Bonnières gegangen, um die schlimmsten Tage vorübergehen zu lassen. Heute lebe ich ruhig in Baginvalles wie noch einem letzten Traum. Mein Gartenhaus ist noch das gleiche, mein Garten hat sich nicht verändert. Kein Hübel, keine Pflanze hat gelitten und ich konnte glauben, die beiden Belagerungen seien böhsche Erfindungen, um Kinder damit zu erschrecken.

Was mir am meisten über diese alten Erinnerungen hinweggeholfen hat, ist, daß ich keinen Augenblick ausgehört habe, zu arbeiten. Seit ich Marseille verließ, habe ich immer meinen Unterhalt reichlich verdient. Bei meiner wiederholten Rückkehr nach Paris habe ich beide Male mehr Geld nach Hause gebracht, als ich mitgenommen hatte. „La Cloche“ und der „Semaphore“, deren Korrespondent ich bin, haben mich abwechselnd ernährt und gut ernährt. Ich erzähle Dir das, damit Du um mein Schicksal nicht besorgt bist. Wie hatte ich mehr Hoffnung und Lust zu arbeiten, Paris wartet auf. Wie ich Dir oft gesagt habe, unsere Zeit kommt jetzt.

Mein Roman wird gedruckt: „Das Schicksal der Rougon.“ Du kannst Dir die Freude nicht ausdenken, die ich bei der Korrektur der Absätze empfinde. Es ist, als ob es mein erstes Buch wäre, das erscheint. Nach all diesen Erschütterungen erlebe ich das selbe Gefühl meiner Jugend, mit dem ich in feierlicher Erregung die Fahren der „Erzählungen für Ninon“ erwartete. Ich bin wohl ein wenig ärgerlich, wenn ich sehe, daß alle Dummköpfe noch leben, aber ich tröste mich mit dem Gedanken, daß keiner von uns verschwinden ist. Wir können den Kampf wieder aufnehmen. Ich bin ein wenig in die und kretze Dir nun, um Dich über mein Schicksal zu beruhigen. Ein andermal werde ich Dir ausführlicher er-

zählen. Du aber, der Du immer die langen Tage vor Dir hast, warte nicht ganze Monate mit Deiner Antwort. Jetzt, wo Du weißt, daß ich in Baginvalles bin, und daß Deine Briefe nicht fehlgehen werden, schreibe mir unbesorgt. Erzähle mir Einzelheiten. Ich bin fast ebenso allein wie Du, und Deine Briefe helfen mir weitaus.

Meine Empfehlungen an Deine Familie. Wir schütteln Dir herzlich die Hand.

Dein sehr ergebener Emile Zola.

Kauffmanns-König in der Pädagogischen Musikschule Die Veranstaltung beschränkte sich auf den Vortrag nur eines Wertes, aber eines solchen, das zeit- und erzieherisch seine besondere Bedeutung hat: der „Alhambra“-Sonate von Schütz-Beuten. Dieses umfangreiche Werk, das einst Vglitz untrügsamer Lob erhielt, zeigt den Komponisten, der am 12. März 1915 in Dresden starb, als Vertreter der älteren Programmmusik und bringt in noch heute satzbereich wirksamer Klavierbehandlung Bilder, die und in die jetzige Umwelt der Alhambra und in ihre Geschichte versetzen. Die hübsche gefällige Konzert-pianistische Suite „Panneuschmid“ gab mit der Wiedergabe des Wertes nun nicht allein eine Probe ihres musikalischen Gedächtnisses, sondern auch ihrer technischen, tonlich und nach seinen des Vortrag künstlerisch reifen Kunst. Die vorzügliche Pianistin beschäftigt in der nächsten Konzertzeit im Verein mit ihrer jüngeren Kollegin Johanna Thamm einen eignen Klavierabend zu geben, in der sie die genannte Sonate, und ihre vierteljahrhundert Kompositionen von Trautson spielen wird.

Kassenreine Wissenschaft. Die Münchner Universität, die durch eifrige Pflege nationalidischen Geistes zu einer wahren Beule der Reaktion geworden ist, hat sich auf diesem Gebiet ein neues Ruhmesblatt erworben. Der berühmte Chemiker der Münchner Universität und Nobel-

preisdräger, Geheimrat Dr. Willibrodus, hat seiner Fakultät mitgeteilt, daß er von seinem Lehramt zurücktritt. Die Ursache dieses Entschlusses ist in folgendem Vortrag zu erblicken:

Bekanntlich ist der Münchner Lehrstuhl für anorganische Chemie, auf dem der berühmte Mineraloge u. Großjahrrechner gewirkt hat, seit einiger Zeit verwaist. Als der geeignete Nachfolger Großs kam in erster Linie Prof. Dr. Heinrich Goldschmidt von der Universität in Christiania in Betracht, dessen wissenschaftliche Tätigkeit sich am meisten auf die Lebensarbeit Großs stützte, und dessen Arbeit infolgedessen auch besondere Bedeutung für die bayerische Industrie hat. Die Berufung Goldschmidts scheiterte aber daran, daß die Mehrheit der Fakultätsmitglieder ihn von der Berufungsliste strich, die dem Kultusministerium vorzulegen ist. Der Grund für diese Ablehnung liegt angeblich darin, daß Goldschmidt ausländer ist. In Wirklichkeit ist er der Sohn deutscher Eltern, sein Vater wirkte längere Zeit als außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg. Geheimrat Willibrodus hat jedoch Anhaltspunkte dafür, daß Goldschmidt deswegen abgelehnt wurde, weil er jüdischen Glaubens ist, und da Willibrodus orthodoxer Jude ist, hielt er es mit seiner Überzeugung nicht für vereinbar, an der Hochschule weiterzuwirken, auf der Lehrtätigkeit nicht nach wissenschaftlichen, sondern nach konfessionalen Gesichtspunkten besetzt werden.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der Herausgeber des Zeitschrift „Kunstschau“ und Leiter der Wertungsbildung der Firma Ludwig Reimer in Berlin, Prof. Dr. G. Berndt, ist vom 1. Oktober

lastung, die das Sachverständigenurteil und anserlegen will. Die Sachverständigen betrachten die inneren Schulden Deutschlands als getilgt durch die Weltentwertung. Darum glauben sie, Deutschland so hart belasten zu können. Wir beantragen die Aufhebung der dritten Steuererhöhungsordnung zum 31. Juli 1924 und für den 1. August ein neues Gesetz, das eine gerechte Lösung der Aufwertungsfrage bringt. Es müssen bestimmte bevorzugte Forderungen festgelegt werden, die höher aufgewertet werden. Dazu müssen alle die Forderungen, in denen der gleiche Rang zur Anlage in mündelähnlichen Papieren bestand. Die Regierung muß schnell handeln, denn wer langsam geht, geht doppelt. (Beifall.)

**Abg. Dr. Herr (Soz.):**

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit vor Wochen dafür eingetreten, daß die Aufwertungsfrage möglichst bald behandelt wird, weil es notwendig ist, zu prüfen, ob die großen Wertprüfungen, die ein Teil dieses Hauses den Inflationsschädigten gemacht hat, jetzt einleitet werden sollen. Die Organisationen der Inflationsschädigten haben vollständige Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Keine Partei, insbesondere nicht die deutschnationale, hat sich indes berufen gefühlt, einen solchen Antrag anzunehmen und uns hier zu unterbreiten. Der deutschnationale Antrag stellt das Muster eines durch sachliche Überlegungen nicht getriebenen demagogischen Vorgehens dar. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ urteilt: „Der beratende Ausschuss macht, der muß auch die Verpflichtung in sich fassen, den Weg anzuzeigen, auf dem sie durch geführt werden können. Wer es anders macht, treibt ein Spiel mit den durch die Geldentwertung Geschädigten und nährt Hoffnungen, die sich nicht erfüllen werden.“ Den Deutschnationalen möchte ich deshalb den guten Rat geben, jetzt baldigsten einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, damit sie, wenn sie in einigen Wochen in die glückliche Lage kommen sollten, die Regierung zu übernehmen, ihre Verpflichtungen wahr machen können.

Jedem Opfer der Geldentwertung steht ein Gewinner an der Geldentwertung gegenüber. Das, was wir den Opfern der Geldentwertung jetzt geben wollen, müssen wir den Inflationsgewinnern nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Angeht es dieser Tatsache verdient es die größte Beachtung, daß sich Reichsbund und Reichsverband der deutschen Industrie immer gegen Aufwertungsmaßnahmen gewandt haben. Der deutschnationale Antrag fordert allerdings, daß die Beträge, die für Vergütung und Wiedergutmachung der aufgewerteten Schulden erforderlich sind, vom Reiche und von der Allgemeinheit getragen werden und nicht von den Inflationsgewinnern. Das aber wäre nicht möglich ohne Störung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und Rückkehr zur Finanzgebahrung der Inflationsepoche. Wir Sozialdemokraten werden uns aber bei der Regelung der Aufwertungsfrage davon leiten lassen.

**jede Gefahr einer neuen Inflation und einer neuen Erschütterung unserer Währung zu bekämpfen.**

Wir Sozialdemokraten haben und bei dem Problem der Aufwertung immer dafür eingesetzt, daß diese in erster Linie den am meisten Geschädigten, den kleinen Sparern, den Inhabern von Sparfüßeln und Lebensversicherungskontraktanten zuteil wird. Wir Sozialdemokraten stehen in der Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit den Leichtigsten, Besten und Gerechtesten, um die Schäden der Inflation zu beizugehen, um den sehr hohen Steuerzins auf die Wirtschaft zu verhindern. Auf diesem Wege hätten wir die Möglichkeit, für die Inflationsschädigten ausreichend zu sorgen, die Kriegswaffen und Erwerblosen vor Not und Entbehrung zu schützen.

**Die soziale Demokratie, die für ihren Standpunkt keine Mäßigkeit gefunden hat, hat alles getan, um insbesondere die kleinen Inflationsschädigten vor dem völligen Ruin zu schützen. Wenn die bürgerlichen Parteien ernstlich gewillt sind, die Inflationsschäden zu beseitigen, dann werden wir mit ihnen gehen, sofern die maßgebenden Kreise der Wirtschaft bereit sind, die Lasten dafür zu übernehmen.** Die bürgerlichen Parteien müssen mit dem Deutschnationalen werden und an ihrer Seite stehen, wenn die Wirtschaftskreise der Industrie und der Landwirtschaft bereit sind, als Hypothekenschuldner die Aufwertungsfragen zu tragen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wir werden im Hinblick auf unsere Grundgedanken zurückkommen, daß die Aufwertungsansprüche mit rückwirkender Kraft ausgeführt werden, und daß Sparfüßel und Lebensversicherungsansprüche in härtester Weise aufgewertet werden müssen. Schwieriger liegen die Dinge bei den öffentlichen Anleihen, wo Reich, Staat und Gemeinde Träger der Aufwertungsbelastung sind. Es ist bezeichnend, daß die Deutschnationalen kein Wort darüber sagen, wie diese Lasten bei den öffentlichen Anleihen aufgebracht werden sollen.

**Tabelle handelt es sich, nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums, bei allen öffentlichen Anleihen zusammen um einen Betrag von 104 Milliarden Goldmark.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Davon kommen allein auf die Kriegsanleihen etwa 50 Milliarden Goldmark. Man kann aber nicht allein die Kriegsanleihen aufwerten, man muß auch bei den anderen öffentlichen Anleihen die Aufwertungsansprüche geltend lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Tabelle gilt für die Anleihen der Gemeinden.

Was bedeutet eine Aufwertung aller öffentlichen Anleihen? Wenn wir von der Tilgung in den ersten Monaten vollkommen absehen, und die Aufwertung nur mit 5 Proz. vornehmen, dann ist das eine jährliche Belastung der öffentlichen Körperschaften in Höhe von 5 Milliarden Goldmark. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist der Betrag, den das Reich gegenwärtig aus allen Besitz- und Verbrauchsteuern und Zöllen zusammen aufbringt. Dabei wird mit Sicherheit ein Ausfall von einer Milliarde Mark eintreten, wenn die Steuerentwürfe der Deutschnationalen angenommen werden. Auch bei der Aufwertung der öffentlichen Anleihen werden wir daher die bürgerlichen Parteien vor die Frage stellen, wie die Mittel für diese Aufwertung beschafft werden sollen.

Die bürgerlichen Parteien, und insbesondere die Deutschnationalen, werden uns, wenn sie nicht einer neuen Inflation die Wege ebnen wollen, neue Steuerquellen zeigen müssen, mit denen wir die Aufwertungsansprüche erfüllen können. Selbst wenn man zu der Entschiedenheit kommen sollte, daß die öffentlichen Anleihen aufgewertet werden müssen, dann halte ich es doch für ganz selbstverständlich, daß nur die ursprünglichen Besitzer Anspruch auf die Aufwertung haben. (Beifallige Zustimmung bei den Soz. und Dem.)

Die soziale Demokratie würde es, moralisch und finanziell, für unerträglich halten, wenn die gewissenlosen Spekulant, die jetzt den verarmten Zehner die Kriegsanleihen für Fünftel abkaufen, sie später für 10 oder 20 Proz. ihres Goldwertes dem Reich präsentieren können. Für Spekulant darf es keine Aufwertung geben! (Beifallige Zustimmung bei den Soz.)

Durch die gänzliche Entwertung der Finanzverhältnisse des Reiches ist die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion glänzend gerechtfertigt worden, die seit vielen Jahren betont hat, daß es mit einer gewaltigen Kraftanstrengung möglich ist, aus eigener Kraft die Ordnung der Finanzen durchzuführen. Demgegenüber haben alle anderen Parteien, unter Führung Heilichs, immer die Auffassung vertreten: die Finanzen in Deutschland können erst nach der endgültigen Lösung der Reparationsfrage gefunden und das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt werden. Ein großer Teil des Unglücks und des Unrechts der Inflation ist durch den Reichsinn unerer Finanzpolitik heraufbeschworen worden und wäre verhindert worden, wenn man vor Jahren den Vorschlag der Sozialdemokratie Rechnung getragen hätte. Seit der Stabilisierung ist auch, was wir immer vorausgesehen haben, eine

**gerechtere Verteilung der Steuerlasten eingetreten.** Die Lohnsteuer bringt gegenwärtig im Durchschnitt nur noch 50 Proz. der Einkommensteuer auf. Von der Gesamteinkommensteuer beträgt die Lohnsteuer 15 Proz., die Umsatzsteuer 25 Prozent. Trotzdem ist der Anteil der Klassenbelastung immer noch sehr erheblich. Im Januar sind durch die Klassenbelastungen 43, im Februar 55, im März 46, im April 56, im Mai 55 Proz., im Durchschnitt also 55 Proz. aufgebracht worden. Wie tollend es für unerschwinglich, daß die Lohnsteuer in ihrer jetzigen Höhe erhalten bleibt, weil das Wirtschaftliche unter dieser Vorbelastung der Produktion außerordentlich schwer leidet.

Das Sachverständigenurteil den er teilt das an; es sagt den Herren von den bürgerlichen Parteien die schärfsten Worte über die unsoziale Art ihrer bisherigen Finanzpolitik. Die Lohnsteuer in ihrer jetzigen Höhe ist auf die Dauer nicht tragbar. Denn durch die Belastung des Arbeitseinkommens mit anderen sozialen Abgaben, die mindestens so hoch sind wie die Lohnsteuer, hat jetzt jeder Lohn- und Gehaltsempfänger von seinem Bruttolohn 15-20 Proz., ja bis 25 Proz. für Lohnsteuer, für Krankenkassen, Invaliden- und Angehörigenversicherungsbeträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß die von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eintreten. (Zustimmung bei den Soz.)

Chen's) schuldhaft, wie die Rentner sind die Erwerblosen, die Sozialrentner, die Kriegsschädigten usw. Kein agitatorisch schreit mir der Antrag auf Befreiung der Rentner von der Einkommensteuer, wenn die bürgerlichen Parteien als Antragsteller gleichzeitig freie Wirtschaft im Wohnungswesen, also schrankenlose Befreiung der Mietschöhe und höhere Mietschuldung der Rentner als durch die Mietschuldner verlangen. Geleitet von der hohen Berücksichtigung zur Aufrechterhaltung unserer Währungsstabilität treten wir für den Erlass der Mietschuld durch die Vermögenssteuer und durch die Wohnungsausgabende, soweit die Förderung der Neubauliquidität in Frage kommt, ein. Die Vermögenssteuer ist sozialer als die Mietschuld, bei der Vermögenssteuer als die Leistungsfähigkeit in vollem Maße zur Grundlage der Steuererhebung gemacht werden. Hat die vergangene Inflation das größte Unrecht in Deutschland angerichtet, so würde eine neue Inflation das

**Ende der Hoffnung auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft**

bedeuten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verlangen deshalb, daß alle Finanzen, Steuer-, Wirtschaft- und Sozialpolitik betrieben wird unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer neuen Inflation, geleitet von der Absicht der schnellsten Förderung der Wirtschaftlichen Gesundung, der Bekämpfung der Finanzkräfte aller unserer öffentlichen Körperschaften. Das ist, nach unserer Überzeugung, die einzige Politik, durch die die Interessen der großen Schichten unserer Bevölkerung, durch die auch insbesondere die Interessen der Sparner, der Inflationsschädigten, der kleinen Kreise berücksichtigt werden können. (Beifall! bei den Soz.)

Abg. Höllein (Komm.): Die Inflationsperiode ist ein teufelischer Kampf der Großkapitalisten gegen das arbeitende Volk und den Mittelstand. Stinnes hat den Sturz der Welt bemerkt, lebte gefahrlos. Statt der Aufwertung verlangen wir eine Unterbindung der Inflationsperiode, die krank oder erwerbslos und oder sich in der Berufsausbildung befinden.

Abg. Dr. Bäringer (D. V. P.): beantragt die Einsetzung eines Ausschusses von 28 Mitgliedern, der unterzüglich die Lösung der Aufwertungsfrage in Angriff nimmt.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) stimmt diesem Antrag zu.

Abg. Feder (Nat.-Soz.): Die Aufwertungsansprüche der dritten Steuererhöhungsordnung bedeuten ein unerhöhtes Unrecht. Diese Aufwertung ist so, als ob man einen Mann total ausländert und ihm dann, als Aufwertung, eine Wadcho'e gibt. Grundbesitzlich muß eine hundertprozentige Aufwertung durchgeführt werden. Die Rettung kann nur durch die Einführung zinslosen Geldes kommen.

Abg. Verburg (Dem.): Durch die Geldentwertung ist die wertvollste Kulturschicht des deutschen Volkes, ohne seine Schuld, enteignet worden. Diese teuerrige wirtschaftliche Entwertung läßt sich jedoch nicht mit einem Gesetz umkehren.

Abg. Dr. Emminger (Bayr. Sp.): Die Aufwertung ist eine Forderung der primitivsten Gerechtigkeitsempfindung. Während im Wahlkampf den Wählern eine Aufwertung von 40 bis 50 Proz. und mehr versprochen wurde, hört man jetzt überhaupt keine bestimmten Sätze mehr. Der Redner begründet einen Antrag, der die Aufwertung vor allem für Kleinrentner, Kriegsanleiher und solche Gläubiger verlangt, deren Guthaben durch gesetzliche Zwang mündelhaft angelegt worden mußten.

Abg. Dr. Brecht (Wirtsch. Tag.): Die Aufwertung darf sich nicht nur auf die Hypotheken erstrecken, sondern muß sich auch auf die Häuser beziehen, deren Wert durch die Zwangswirtschaft zerstört worden ist. Hausbesitzer und Hypothekengläubiger haben die gleichen Interessen.

Tamit schließt die Aussprache. Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses von 28 Mitgliedern zur Prüfung der Aufwertungsfrage wird angenommen. Die vorliegenden Anträge zur Aufwertungsfrage gehen an diesen Ausschuss.

Präsident Wallraff teilt mit, daß, nach einer Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts, die im Wahlkreis Oepfen gewählten Abgeordneten, der Deutschnationale Wolf, die Kommunisten Jabsch und Jentzsch, die Mitglieder des Zentrums Ullrich, Erhard und Bippert aus dem Reichstag ausscheiden.

Ein Antrag des Kommunisten Rah auf sofortige Befreiung des Verbot der „Roten Fahne“ scheidet am Widerspruch. Graf Reventlow (Nat. Soz.) beantragt die Annahme eines neuen Gesetzes, um sofort zu der Antwort der Regierung auf die Militärkontrollfrage Stellung zu nehmen. Er ergeht sich dabei in den schärfsten Angriffen gegen die Regierung, spricht von der „johannanischen Regierung“, die gar keine deutsche Regierung sei, sondern nur ein ausführendes Organ des internationalen Kapitals. Dabei bemächtigt sich der Regierungsparteien eine große Unruhe, viele Abgeordnete fordern den Präsidenten Wallraff auf, den Redner zur Ordnung zu rufen. Der Präsident erklärt aber, daß er bei der herrschenden Unruhe den Redner gar nicht verstanden (!) habe. Abg. Rah (Komm.) unterbricht den Antrag Reventlow und verlangt eine Besprechung der Angelegenheit in der russischen Kammerdelegation. Er erhält einen Ordnungsruf, weil er von „Regierungskulis“ sprach.

Abg. v. Guérard (Ztr.) bezeugt darauf die Weisheit der Regierung. Das Büro ist sich einig, daß das Haus beschlußfähig ist, jedoch die Sitzung um 6,45 Uhr ihr Ende erreicht. Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung wird der Präsident selbst bestimmen.

**Der Verkehrsandrang**

befloß, in den Tagen vom 10. bis 14. Juli eine Studienfahrt nach den Elbenburgischen Unterenhufen, dem Rältenanal und den Hafenanlagen in Emden zu unternehmen. Der

gleichen wurde in Aussicht genommen, Anfang September die Hafenanlagen in Königsberg zu besichtigen.

**Die oberhessischen Reichstagswahlen ungültig.**

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat am Sonntag, veranlaßt durch einen Protest der Wirtschaftspartei, die deutschen Mittelwahlen, die Wahlen vom 4. Mai in Oberhessen für ungültig erklärt. Der Kreiswahlleiter in Oepfen hatte damals den Reichstagswahlvorschlag der genannten Partei nicht zugelassen. Im Reichstag wurde auf Grund dieser Entscheidung die Annahme gegeben, durch ein Initiativgesetz noch am Sonntag in allen drei Lesungen den § 26 des Reichswahlgesetzes vom 6. März 1924 so zu ändern, daß Abs. 3 lautet:

„Die Mitglieder des Reichstags, die infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl in einem Wahlkreis aus dem Reichstag ausscheiden, behalten ihren Sitz im Reichstag bis zur Ermittlung des Ergänzungs der Wahl.“

Die Besprechungen unter den Parteien über diese Änderung zeigten jedoch, daß dieser auch von der Regierung befürwortete Weg keine Zustimmung fand. Die sozialdemokratische Fraktion vertrat die Auffassung, daß es nicht möglich sei, am Nachmittag desselben Tages, an dem das Wahlprüfungsgericht seine Entscheidung fällt, im Reichstag in allen drei Lesungen ein Gesetz durchzusetzen, das die Entscheidung vom Normittag rückgängig mache. Von sozialdemokratischer Seite wurde u. a. vorgeschlagen, die Neuwahl sobald wie möglich vorzunehmen. Aus technischen Gründen wäre der früheste Termin der 27. Juli gewesen. Wegen dieses Termins wurden u. a. vom Zentrum und den Deutschnationalen wegen des Erstbeginns Bedenken laut. Nach Rücksprache mit diesen Parteien wird der Reichsminister des Innern, der für die Ausschreibung der Neuwahl zuständig ist, sich entscheiden, ob am 27. Juli oder erst später die Neuwahlen vorgenommen werden sollen.

**Die Rechte der Polizeibeamten. Sozialdemokratischer Antrag zugunsten der Ruhe.**

Die sozialdemokratische Reichsbeamten-Tagung hat dem Reichsbeamtenrat nahegelegt, bei den sozialdemokratischen Fraktionen des Reiches und der Länder dahin zu wirken, daß alsbald eine Neuregelung des Dienstverhältnisses der Schutzpolizeibeamten geschaffen wird. Die Schutzpolizeibeamten sollen mit allen Rechten und Pflichten der Landesbeamten ausgestattet werden.

Dieser Neuregelung steht, wie der „Soz. Volksdienst“ erwähnt, gegenwärtig noch das Reichsgesetz der Schutzpolizeibeamten der Mitte jedoch nur als Übergangsgesetz betrachtet. Es hat bis zum 31. Dezember 1925 Gültigkeit. Im Rahmen dieses Reichsgesetzes haben die Länder einen Anschlag der Rechtsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten an die Rechte der allgemeinen Beamtenerschaft herbeiführen versucht. Preußen ging in diesem Punkte weiter als irgendein anderes Land und hat durch eine Reihe kleinerer Mittel die Lage der Schutzpolizeibeamten verbessert. So ist in Preußen auch jetzt eine Novelle zur besseren Versorgung der Witwen der Schutzpolizeibeamten vorgelegen. Soweit als möglich, ist die lebenslängliche Stellung für alle diejenigen gesichert, die, nach 15jähriger Dienstzeit bei der Polizei weiter Dienste tun wollen.

Die Frage der Abänderung des Schutzpolizeibeamtengesetzes hängt in erster Linie von der Gestaltung unserer außenpolitischen Situation ab. Erst nach Entscheidung der Militärkontrollfrage, die auch die Schutzpolizeibeamtenfrage umschließt, kann eine organisatorische und beamtenrechtliche Neuregelung in der Lage der Schutzpolizei erfolgen. Die Entente hat bis jetzt, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend, die seit 1922 bestehende gesetzliche Regelung anerkannt. Kommt eine Lösung in der Militärkontrollfrage, dann steht eine Erweiterung der Rechte der Schutzpolizeibeamten in Aussicht.

**„Rote Fahne“ und „Deutsche Zeitung“ verboten.**

Der „Königliche preussische Pressedienst“ teilt mit: Der preussische Minister des Innern hat gemäß Ermächtigung des Reichsministers des Innern auf Grund des § 2, Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 das Erscheinen der „Roten Fahne“ mit dem Sonderblatt „Die Rote Fahne am Montag“, ferner der „Roten Fahne für die Provinz Brandenburg“, der „Roten Fahne der Provinz Ostpreußen“, der „Roten Fahne der Provinz Schlesien“, der „Roten Fahne der Provinz Westfalen“, der „Roten Fahne der Provinz Pommern“ und der „Roten Fahne der Provinz Ostpreußen“ für den Zeitraum vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Ferner hat der Minister des Innern auf Grund der Ermächtigung des Reichsministers des Innern und auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Ergänzungsvorordnung vom 17. Juni 1924 das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Ferner hat der Minister des Innern auf Grund der Ermächtigung des Reichsministers des Innern und auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Ergänzungsvorordnung vom 17. Juni 1924 das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Auf Grund der Ermächtigung des Reichsministers des Innern und auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Ergänzungsvorordnung vom 17. Juni 1924 das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Auf Grund der Ermächtigung des Reichsministers des Innern und auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Ergänzungsvorordnung vom 17. Juni 1924 das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Ämtlicher Teil.

Auf Grund der in Nr. 188 der Sächs. Staatszeitung vom Jahre 1922 abgedruckten Verordnung des Ministeriums des Innern vom 12. August 1922 wird der Verkehr mit Kraftfahrzeugen...

Amtshauptmannschaft Zbonau. Die von Zbonau durch die Orte Großbeßin, Kleinbeßin, Obercaunwalde, Cunewalde und Weigsdorf-Röblich führende Bezirksstraße.

Amtshauptmannschaft Zittau. Straße vom Gehhof zum Kirch in Weisbach nach dem Bahnhof Weisbach.

Die dem Durchgangsverkehr dienende Chemnitz-Strasse in Pleißa wird von der Abzweigung von der Torstraße bis zur Einmündung in die Staatsstraße Eilemann-Limbach für allen Verkehr mit Kraftfahrzeugen gesperrt.

Der Nebenweg in der Gemeinde Niescham von Ortsteil Nr. 28-32 wird für allen Verkehr mit Kraftfahrzeugen gesperrt.

Für den Verkehr der Amtshauptmannschaft Chemnitz ist für das Jahr 1924 unter Berücksichtigung der Beschränkungen...

Der Bezirksleiter in Glauchau wird vom 1. Juli bis zum 14. August d. J. durch den Bezirksleiter in Zwickau...

Die Verwaltung des Medizinalbezirks Zwickau wird vom 1. Juli d. J. an dem Bezirksleiter in Zwickau übertragen.

Auf Grund von § 23 Absatz 1 der Reichsverordnung vom 15. März 1923 wird der Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf der Straße von Stadt Zwickau nach Zwickau unterzogen.

Auf Grund von § 23 Absatz 1 der Reichsverordnung vom 15. März 1923 wird der Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf der Straße von Stadt Dresden nach Zwickau unterzogen.

Auf Blatt 44 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft J. & E. Richter in Rentsch...

Auf Blatt 178 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Ernst Köhler u. Sohn in Postsdorf...

Freiburg i. Br. in das Handelsregister als Gesellschafter eingetragen sind und daß die Gesellschaft am 1. Januar 1924 errichtet worden ist.

Eintrag im Handelsregister a) Grimma Blatt 467 vom 23. Mai 1924, b) Gera Nr. 128 vom 14. Juni 1924...

Auf Blatt 135 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Wages Nies in Johannegeorgenstadt...

Auf Blatt 571 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Goldlos Anore in Zwickau...

Über das Vermögen des Rigarrenhändlers Max Reichler in Firma Max Reichler in Meerane...

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli 1924 bei dem Gericht anzumelden.

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

unterzeichneten Gericht Termin anberaumt. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

Über das Vermögen der Spinndel- und Spinnwebfabrik Aktiengesellschaft in Reudorf...

in Plauen, Nr. 3980; Die Firma lautet künftig: Carl Bauer;

a) auf dem Blatte der Firma E. Curt Schmidt in Plauen, Nr. 3440; Der Kommanditist ist ausgeschieden...

g) auf dem Blatte der Firma P. Präger in Plauen, Nr. 1194; Der Kaufmann Georg Kariel in Plauen ist in das Handelsregister eingetragen...

h) auf dem Blatte der Firma Conrad & Freundel in Plauen, Nr. 3719; Die Gesellschaft ist aufgelöst...

i) auf dem Blatte der Firma Max Gruber in Plauen, Nr. 2420; Max Georg Gruber ist infolge Ablebens ausgeschieden...

k) auf Blatt 4357 der Firma Kariel & Co. in Plauen und weiter, daß die Kaufleute Georg Kariel und David Präger, beide in Plauen, die Gesellschaft sind...

l) auf Blatt 4358 die Firma E. Curt Tunkel in Plauen und als Inhaber der Kaufmann Carl Camillo Conrad Tunkel, beide in Plauen...

Angesetzter Geschäftsreisender und Geschäftslokal zu a: Eilemannstraße, Schillerstraße 87; zu k: Großhandlung mit Ledermaren, Wehshofstr. 63; zu l: Fabrikation von Spitzen, Kamenstr. 33.

Kauf Blatt 149 des Handelsregisters, die Firma Weidner Frische Nüchternheit in Zwickau...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Otto Erdtel & Co., Gommahn...

Für die notleidenden Deutschösterreicher im Deutschen Reich.

Vom Deutsch-Österreichischen Volksbund wird und geschrieben:

In der Zeit der härtesten Not hat die Deutschlandshilfe unserer österreichischen Volksgenossen...

Zu Deutschland haben mehr als eine halbe Million Deutschösterreicher seit Jahren oder Jahrzehnten ihren häßlichen Wohnort...

Viele Tausende von Kindern der in Deutschland lebenden Österreicher sind durch Mangel und Entbehren der Nahrung...

Die reichen Erbeshäuser der Österreicher waren den Reichsdeutschen gewidmet. Bei ihrer Verteilung sind die in Deutschland lebenden notleidenden Österreicher fast leer ausgegangen...

Über auch in Österreich soll man nun bei eigenen Landente in der Firma Hilfsbereit bedenken.

Selbstverständlich werden auch notleidende Deutsche aus den übrigen ehemals zu Österreich-ungarn gehörigen Ländern berücksichtigt werden.

Die Gesamtsammlung der Beiträge für die Notleidenden im Reich wird in seinem Organ, der Monatschrift "Österreich-Deutschland", über die einlaufenden Beiträge berichten.

Für den Vorstand des Österreichisch-Deutschen Volksbundes:

- Paul Löbe, v. d. R., erster Vorsitzender. Hermann Riensl, Prof. Dr. Otto Hoepf, v. d. R., Wilhelm Heile, Stellvertretende Vorsitzende. Dr. Richard Wilscher, Geschäftsführender Direktor.

Dresden.

Abschied des Polizeipräsidenten Dr. Thomae.

Am 27. Juni, vormittags 11 Uhr, verabschiedete sich der unterm 1. Juli d. J. vom Gesamtministerium als Stellvertreter des Reichshauptmanns nach Bangen berufene bisherige Präsident der Stadtpolizeiverwaltung Dr. Thomae...

Im Namen der Beamtenkass der Staatspolizeiverwaltung vertritt Oberregierungsrat Dr. Günnewald dem scheidenden Präsidenten Dr. Thomae Dank für das bewiesene Wohlwollen...

Knoscheiden des sächsischen Baudirektors.

Nach Mitteilung der sächsischen Hauptbauleiters Baudirektor Ludwig Wirth demnach auf eigenen Wunsch aus dem sächsischen Dienste aus, um als freischaffender Architekt die Möglichkeit zu haben, größere baukünstlerische Aufgaben zu übernehmen...

IX. Landestagung der Zentrale für Jugendfürsorge.

Am Sonnabend vormittag begannen die Verhandlungen der IX. Landestagung der Zentrale für Jugendfürsorge unter Leitung von Pastor Waldob. Im Namen des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums begrüßte Ministerialrat Dr. Mater die Versammlung...

Ernährung und Jugendfürsorge.

Der Redner führte dabei etwa folgendes aus: Die Schädigung der deutschen Jugend in der Krieg- und Nachkriegszeit hätte kein so großes Ausmaß annehmen brauchen, wenn es um die deutsche Ernährungswissenschaft, die deutsche Ernährungspolitik und die Auffklärung der breiten Massen der Bevölkerung besser bestellt gewesen wäre...

lichen Ernährungswissenschaft, die Verbreitung der Erkenntnis, daß auch ohne Fleisch und nur mit geringen Fleischmengen eine gute Ernährung durchgeführt werden kann...

Woggenbrot muß aber möglichst alle Bestandteile des Getreidekörns enthalten. Das sächsische Woggenbrot weist kaum die Hälfte der Nährstoffe, Eiweiß- und Mineralstoffe des Roggenbrot auf...

In längeren Ausführungen, die sich in den nachstehenden Zeilen verzeichnen lassen, sprach Amtshauptmann Hartmann (Grimma) über das Thema:

Nicht Ad'au, sondern Umbau und Aufbau der Jugendfürsorge.

Mit dem Inkrafttreten des N. J. B. G. ist die Fürsorgeverwaltung ein Teil der gesamten Wohlfahrtspflege geworden. Dies entspricht ihrem Wesen und ihrer Entwicklung...

Die Zusammenfassung mit dem übrigen Zweigen der Fürsorgeverwaltung muß gewährleistet sein. 1. Systematische Vorbereitung und Herstellung gegenüber der drohenden Verwahrlosung.

2. Rechtzeitiges Erfassen des Einzelfalles.  
 3. Fürsorgliche Behandlung auch solcher Fälle der Vernachlässigung, die nicht unter den Begriff der Fürsorgeerziehung fallen.  
 4. Wirtschaftliche Handhabung der Fürsorgeerziehung unter Bewahrung der höchsten, letzten Endes höhere Ausbilde auf anderen Arbeitsgebieten bedingten Sparmaßnahmen.  
 Ausgeschlossen ist jeder Schematismus:

1. bei der Anordnung: a) Persönliche Prüfung der für den Einzelfall geeigneten Form des Eingreifens (Schulpflicht, Eingreifen nach § 1666 des BGB., Fürsorgeerziehung); b) keine unnötigen Altersgrenzen oder Prognosen.

2. bei der Durchführung: a) Prüfung von Fall zu Fall, ob Anstaltspflege oder Familienpflege, individuelle Prüfung der Dauer der Anstaltspflege, Güten vor vorzeitigem Abbruch der geschlossenen Fürsorge, b) Bessere Differenzierung in der Anstaltsfürsorge, c) Individuelle Auswahl der Fürsorge und Helfer, d) Individuelle Auswahl der Pflege- und Dienststellen, keine falsche Sparpolitik bei Bemessung der Pflegegelder, e) Sicherstellung einer geordneten, individuellen Nachpflege, auch nach Beendigung der Fürsorgeerziehung, selbst nach Eintritt der Volljährigkeit.

Die freiwillige Wohlfahrtspflege ist in besonderem Maße zur Mitarbeit berufen: bei der allgemeinen vorbeugenden Arbeit zu festlicher und körperlicher Erziehung der Jugend, bei der Erziehung und Beurteilung des Einzelfalles, bei der Befehlung von Helfern, Fürsorgern, Pflege- und Dienststellen, bei der Nachpflege, bei der Beratung und Betreuung des Verantwortlichen, bei der Beratung der Eltern und jedes Einzelnen gegenüber den Vätern unserer Jugend.

**Die Kriminalität der Jugendlichen und ihre Milderung**

behandelt in seinem Vortrag Herr Dr. Röhler (Dresden); er entwickelte dabei etwa folgende Gedanken:

Die Kriminalität der Jugendlichen ist nicht nur eine Schädigung der Einzelperson, sondern auch des Volksgutes. Sie beruht mehr auf Stoffmangel, als die mittlere und Kleinstadt oder gar das Land; sie betrifft mehr das männliche als das weibliche Geschlecht.

Es gibt außer der „gefassten“ Kriminalität auch eine heimliche, die eine wirklich erschöpfende Statistik unmöglich macht. Es sind auch sonst allerlei Umstände dabei.

Die Ursachen für die Kriminalität der Jugendlichen sind äußerst mannigfaltig, oft treffen mehrere Ursachen zusammen. Ich nenne zuerst die soziale Not: Wohnungs- und Familiennot — Mangel an Nahrung — Alkohol- und Richtigkeitsnot — Mangel eines bestimmten Berufes — Mangel an körperlicher Erziehung — Fabrikarbeit — Erziehung der Eltern (eine) ev. einen Feind. Als wirtschaftliche Not seien genannt: Erwerbslosigkeit — wilde Streiks — neuerdings der Abbau — In einzelnen Fällen hat wohl auch wirtschaftliche Not zu Eigentumsvergehen getrieben.

Eine weitere Ursache ist die moderne Selbstsucht und Genußsucht, die mannigfachen Verführungsmittel, der Mangel reiner, erhabener Freunde, der Mangel an Idealismus und eine mangelhafte Erziehung.

Wir haben neuerdings alle möglichen Benachteiligungen, die vorbeugend wirken können: das Gesetz über Fürsorgeerziehung, über Jugendgerichtshilfe, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, die Schulhaftigkeit. Hierdurch sind viele Zustände mobil gemacht, um die Jugend vor der Kriminalität zu bewahren, was auch ihr herauszureißen. Sie bedürfen aber der Hilfe aller Menschenfreunde, vor allem unter dem Gesichtspunkt, „ein Lamenten Bewahrung ist besser, als ein Zeiterhaltung“.

Wiederum fehlt noch eine planmäßig vorbeugende und aufbauende Fürsorge für die sogenannten halben Kräfte.

**Das Gebildebild des Dresdner Haushaltplanes 1924**

ist, nach einem Artikel des Vorstands des Städtischen Finanzamts, des Herrn Bürgermeister Dr. Ritz, folgendes:

Es ist gelungen, für die städtische Finanzwirtschaft eine im allgemeinen übersichtliche Ordnung wieder herzustellen. Es ist noch nicht gelungen, den Haushaltplan völlig ins Gleichgewicht zu bringen; er schließt mit einem ungedeckten Defizit von rund anderthalb Millionen ab. Wenn sich während des Haushaltsjahres nicht die Möglichkeit herausstellt, dieses Defizit durch Erparnisse oder durch Mehrerträge einzelner Einnahmeposten auszugleichen, so wird sich die Notwendigkeit nicht umgehen lassen, durch stärkere Zuanahme einig oder in einem oder mehreren den erforderlichen Ausgleich herzustellen. Jedenfalls zeigt der Haushaltplan eine feste Anspannung der städtischen Finanzen. Eine sparsame Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, vorgezogene Positionen ist deswegen zwingend geboten.

**Rotarmenung.** Der Rechtsanwalt Franz Ferdinand Walter Groß ist zum Notar für Dresden auf solange Zeit ernannt worden, als er hier seinen Amtssitz haben wird.

**Genuß abbrechen!** In der Ausschreibung von Postsendungen wird leider immer noch trotz wiederholter Hinweise die Strafe und Hausnummer des Empfängers und bei Sendungen nach Großstädten wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München die Nummer der Zustellpostanstalt nicht angegeben. Diese Mängel sind für Post und Publikum sehr nachteilig. Bei den Dresdner Postanstalten müssen z. B. täglich rund 2500 Postsendungen durch Benutzung von Nachschlagewerken aller Art untergebracht werden. Diese mühevollen Arbeiten beanspruchen dauernd sieben volle Arbeitskräfte. In der Regel wird die Zustellung verzögerter Sendungen dadurch sehr verzögert. Abhilfe kann der Adressent schaffen, wenn er bei Postsendungen, namentlich nach großen Orten, stets die genaue Wohnungsgangbezeichnung des Empfängers mit Nummer der Zustellpostanstalt, Straße und Hausnummer niederschreibt.

**Berufsanwalt von Mönchs-, Schölen- und Lehnhagen.** Die Städtische Straßenbahn schreibt: I. Von Dienstag, den 1. Juli 1924, an wird die Zeitfahrkarte der Straßen-

# Der Elefant aus Wallstreet.

Vor den Wahlen in den Vereinigten Staaten.

(Von unserem New Yorker F. Z.-Korrespondenten.)

New York, Mitte Juni 1924.

Von der Präsidentenwahl hängt in den Vereinigten Staaten die Gestaltung des politischen Lebens der nächsten vier Jahre ab. Die mit ihrem Kandidaten siegreiche Partei bestimmt das Bild der Regierung und ihr Einfluß macht sich, in Gestalt von Gesetzesänderungen, bis in die untersten Beamtenstellen hin geltend. So sind die Parteiprogramme, wie sie auf den der Wahl vorangehenden Parteitagern erneuert werden, für die Beurteilung des politischen Geschehens Amerikas von starker Bedeutung, und man darf bei ihrer Durchsicht nur nicht vergessen, daß sie zugleich eine Art von Wahlplakaten darstellen und dementsprechend mit Vorsicht zu genießen sind. Während die Demokraten, für die man als Symbol die Kaffische Gestalt des Elefanten aufgeschwatzt hat, ihren Parteitag demnächst in New York beenden, und während die progressiv-republikanische Partei, unter Führung La Follettes, sich mit Arbeitern und Bauern eine Woche später in St. Paul selbständig machen wollen, haben die Republikaner bereits ihre Konvention in Cleveland eröffnet. Ihr Symbol ist der Elefant, ihr vollständiger Name ist „G. O. P.“, die „Good Old Party“, die gute alte Partei.

Die wortreiche „Plattform“, zu der man sich in Cleveland an Stelle des zuerst beschlagnahmten Schlagwortes „Coolidge — das sagt alles!“ entschlossen hat, preist die Verdienste der Partei um die öffentlichen Finanzen aller Staaten, und man muß sich nur fragen, ob ein weniger glühendes Bild, angelehnt an die Kriegsgewinne Amerikas, überhaupt denkbar gewesen wäre. Einzigartig der auswärtigen Beziehungen erneuert die Partei ihren Wunsch für internationalen Frieden und verweist auf die unter republikanischer Regierung veranstaltete Abrüstungskonferenz. Daß diesem „Einseitigen“ später ein „Andererseits“ in Form einer Forderung, die Finesse und die militärischen Übungslager ungeschmäht zu erhalten und auszubauen, nicht weisheitsvoll besagen, weil der Durchschnittsleser das „Einseitige“ dann längst vergessen haben wird. Die Partei erklärt sich nach wie vor auch gegen den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund und verurteilt wieder die gewundene Formel, mit der Europa in den letzten Jahren so äußerst wenig geholfen war:

„Das Grundprinzip unserer auswärtigen Politik muß Unabhängigkeit sein ohne Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten und Bedürfnissen der anderen; Zusammenarbeit und Minderheitenrechte.“ Wie weit diese Rechte der anderen geschützt werden, ergibt sich — aber wiederum erst viel später — aus der Form I über die Philippinen, denen man ihren Wunsch nach Selbständigkeit vor Augen gestellt wieder abgelehnt hat. Da gibt es denn eine hohe Verprechung mit dem Kandidatenhandbuch: „Wenn die Zeit gekommen sein wird...“ Im übrigen erklärt das republikanische Programm, daß ein glänzendes Beispiel für jene „Teile-teile“-Arbeit am europäischen Wiederaufbau im Dawes-Bericht zu sehen sei. Dieser Bericht hat in Amerika die Opposition weitestgehend geleistet, die nicht nach der Erfüllung fragen, sondern nach den weltpolitischen Folgen einer Interessiertheit Wallstreet inmitten der europäischen Brandherde.

Und hinsichtlich des Hintergrundes „Wallstreet“ ist dieses Beispiel sehr schlecht gewählt, denn es wird die Opposition anregen, ihren Verzicht, die „gute alte Partei“ mit Wallstreet in Verbindung zu bringen, auch in dieser Richtung auszudehnen. In der Tat sucht man bei der Opposition den Stolz des „Elefanten“ in jener berühmten Bankierstraße im südlichen New York, und die zahlreichen Korruptionsskandale der letzten Zeit scheinen die Leute um Notizen als wohl bestehende Komponente der republikanischen Politik zu befrächtigen. Es fragt sich nur, ob der Stolz des „Elefanten“ aus weit davon entfernt sein wird.

Jedenfalls dürfte es zu bedauerlichen Kommentaren Anlaß geben wenn die Republikaner in ihrem Programm „den Versuch unternommen, die Regierung in das Geschäftsleben hineinzuziehen“. Gemeint ist mit diesem Satz allerdings nicht, daß sich die Partei als Trägerin der Regierung nicht von Finanzkreisen misbrauchen lassen wolle, sondern daß man mit allen Nationalisierungsansuchen nichts zu tun haben will. „Die amerikanische Industrie soll nicht gezwungen werden, gegen eine Regierungskonferenz zu kämpfen“ — offensichtlich die Verteidigung von Wallstreet Interessen und ein dravisches Können von dem Republikaner La Follette, der in seinem Programm

für eine „Dritte Partei“ u. a. die „Nationalisierung der Eisenbahnen“ fordert und den Grundlag stellt, daß die natürlichen Gasquellen des Landes dem Volke gehören. Daß die republikanische Plattform sich über diese natürlichen Gasquellen dann in ganz ähnlicher Weise äußert, ist ein weiteres Rätsel, das zu lösen der Opposition gewiß Vergnügen bereiten wird.

Überhaupt werden die Gegner der guten alten Partei auf deren Plattform allerlei willkommene Angriffsflächen finden. Sie enthalten Phrasen und offene Widersprüche. Die Massen der Arbeiter z. B. werden mit dem Hinweis auf den Achtstundentag in der Stahlindustrie und auf die Gesetzesvorlagen über Kinderarbeit usw. wenig zufriedener sein. Teils betrachtet man diese Verbesserungen als in sich ungenügend, teils hält man sie — als Ganzes und als Gesamtion — für unzureichend. Und was die Massen der Farmer betrifft; so misstrauen sie der Partei, weil sie der Wallstreet misstrauen. Die Republikaner schrieben in ihrem Programm die Schuld an der Katastrophe der Farmer den Demokraten, nämlich der vormaligen Regierung, zu, wogegen die Demokraten bereits festig protestieren. Die Republikaner versprechen jetzt Reorganisation des Marktsystems und Erweiterung der Exportmöglichkeiten. Es ist fraglich, ob die Farmer ihnen glauben werden. Denn zur größeren Exportmöglichkeit würde u. a. die Gewinnung des deutschen Marktes gehören und hierzu würden Kredite der — Wallstreet nötig sein. Und dieser allseitigen Abhängigkeit von den Finanzkreisen der Weltmetropole werden die Farmer, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, überdies misstrauen.

Mit Widersprüchen und Phrasen geht der Elefant in den Kampf. Hier preist er die „Verfriedung der Welt“ — dort schwärmt er in militärischen Nachphantasien; hier verlangt er eine neue Abrüstungskonferenz — dort fordert er Ausbau der Flotte zu denkbar größter Stärke; hier verkündet er Humanität und neuen Geist — dort weicht er dem Regier, der mit Verweisung um einen lebenswichtigen Platz in der amerikanischen Gesellschaft kämpft, nicht mehr zu versprechen als ein „Anti-Lynch-Gesetz“ und eine Unterbindung der Ursachen der Mißverständnisse — um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Der amerikanische Staatsbürger ist ein konservatives Wesen in dem Sinne, daß er plötzliche Änderungen seines Lebens nicht liebt. Seit geraumer Zeit hat er sich mit zwei Parteien begnügt, die einander eigentlich nur bekämpften, weil sie man einmal beide vorhanden waren. Es ist indessen doch die Frage, ob er nicht über den Ort hinweg, an dem, unter den Höhen des Elefanten, der Korruptionshaub aufgewickelt wurde: Wallstreet! Und es gibt genug Leute, die behaupten, daß der republikanische Elefant auf dem Boden nicht ganz unbeeinträchtigt gewesen sei. Die Plattform der Republikaner läßt nicht erkennen, daß man, angesichts des revoltierenden Senats La Follette, in neue Bahnen einlenken wolle. Der Wahlgang wird zeigen, ob es nun auch mit dieser „guten alten Partei“ — wie mit so mancher anderen in anderen Ländern der Erde — mehr oder weniger sich zu Ende gehen wird. Auf jeden Fall verhält sich nach Betrachtung der republikanischen Plattform der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten einer schweren Krise entgegengehen. Und zu dieser innerpolitischen Krise gesellt sich der Konflikt mit Japan, der recht ernst erscheint, und in dessen Hinsicht die Republikaner in ein wenig kindlicher Weise nichts anderes zu wissen wissen, als dem Hinweis auf die Japan geleistete Hilfe (offenbar ist die Hilfeleistung nach dem Erdbeben gemeint). Vielleicht wird die innerpolitische Krise durch das Ausbrechen jener außenpolitischen Unruhe gemindert werden. Es mag aber sein, daß diese Stimmung dann nur wie ein Stauerwerk wirkt.

Man braucht nicht zu erwarten, daß die beiden großen Parteien einen übermäßig starken Stimmenverlust erleiden werden. Sicher ist aber, daß ihre Plattformen — die der Demokraten wird sich von der republikanischen in ihrem Kern (Wallstreet) wenig unterscheiden — durchaus unterminiert sind, und daß auf diese Plattformen gerade jetzt das ganze Schwergewicht des Einwanders zu setzen fällt. Dieses Gesetz aber wird — wenn nicht alle guten Kräfte des menschlichen Geistes Wade stehen — Krieg bedeuten; Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, und dahinter vielleicht einen neuen Weltkrieg. Dies ist keine Prophezeiung, es ist eine schwere Besorgnis und eine Alarmierung der Vernunft zur rechten Zeit. Wir werden über die drohende Gefahr noch zu berichten haben.

bahn im Stadthaus Theaterstraße 13, Erdgesch. rechts, an Werktagen ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends offengehalten. Romanisierungen können, wenn kein anderer Fahrtweg gewünscht wird, während derselben Zeiten auch in den Straßenbahnhöfen Bismarck, Witten, Reurgang, Königs-, Postenhausstraße, Falkenberg und Trachenberger Straße verlangt werden. Die erstmalige Ausstellung einer Romanisierungs- oder der notwendigen Romanisierung bei Veränderung des Fahrtweges oder wenn in der alten Karte kein Platz mehr für Romanisierungen ist, erfolgt nur in der Zeitfahrkarte, Stadthaus, Theaterstraße. II. An Schüler und Schülerinnen über 14 Jahre sowie an Bedienstete und Lehr-

mädchen werden bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie das 20. Lebensjahr vollenden, preisermäßigte, nicht abzahlbare Fahrkarten oder Feste werden Berechnungsbasis ausgestellt, wenn der Schulbesuch durch Beschneidung der Schulleitung oder ein dauerndes Lehrverhältnis durch Beschneidung des Lehrers und durch Lehrvertrag nachgewiesen wird. Die Ausstellung der Berechnungsbasis erfolgt in der Zeitfahrkarte, Stadthaus, Theaterstraße 13. Jahreskarte deutscher Arbeit. Im Rahmen der historischen Abteilung der Zeitfahrkarte wird ein sächsisches Zeitgeiz, das besonders Interesse verdient. Über und über rote Seite,

im Innern mit herlichen immer abwechselnd verschiedenfarbigen Stidereien in Applikationsarbeit bedeckt, von der städtischen Länge von fast 20 m, bei 6 m Breite und fast ebenbürtiger Höhe, bietet es einen Anblick, der den Festsaalern Ehrentempel abdingt. Man muß die herrliche Arbeit bewundern, an der zahllose Menschenhände schon jahrelang mit peinlicher Sorgfalt gearbeitet haben, um ein Kunstwerk hervorzubringen, wie es in der ganzen Welt nicht wieder zu finden sein dürfte. Das Fest, etwa 1650 entstanden, stammt aus dem ehemals königlichen Besitz, in dem es Ende des 17. Jahrhunderts gelangte, und war bisher noch niemals zugänglich gemacht worden.

**Sommerferien-Wanderkäufe.** Der Allgemeine Dresdner Einzelhandels-Verband teilt uns mit, daß die Kreishauptmannschaft Dresden den Beginn der Sommerferien-Wanderkäufe für dieses Jahr auf den 7. Juli vorverlegt habe. Somit dürften also die Wanderkäufe in diesem Jahre in der Zeit vom 7. Juli bis 7. August stattfinden.

**Freie Volkshochschule.** Martin-Luther-Gruppe. Montag, 8 Uhr, Martin-Luther-Straße 5, Kloster-Weidachstraße (300. Geburtstag). Prof. A. Fischer: Klosterleben und Tages-Regulationen und musikalische Darbietungen.

**Soll mein Sohn Gärtner werden?** Dem Ausschuss für Gartenbau beim Landesministerium Sachsen, der gesetzlichen Beratung der sächsischen Gärtner, wird am geschriebenen: Während der großen Ferien und in den folgenden Wochen werden sich viele Eltern und Erzieher mit der Frage der Berufswahl ihrer Kinder beschäftigen. Wenn die Wahl auf den Gärtnerberuf fallen sollte, so wird empfohlen, zu erster Linie die vom Ausschuss für Gartenbau anerkannten Lehrgärtnermerkmale zu berücksichtigen. Welche gärtnerischen Betriebe als Lehrgärtnermerkmale anerkannt sind, geht aus dem Verzeichnis hervor, das vom Gartenbauausschuss, Dresden, Eibenaustraße 14, für 25 Pf. bezogen werden kann. Wer sich überhaupt erst über die Verhältnisse im Gärtnerberuf unterrichten will, sei auf die Schrift des Gartenbauausschusses, „Soll mein Sohn Gärtner werden?“ hingewiesen, die von der genannten Stelle auf Ersuchen kostenlos abgegeben wird.

**Bezirksrat Dresden-Kenstadt.**

Am Freitag nachmittag hat der neugewählte Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden-Kenstadt im Beisein des Amtshauptmanns Bud zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Nach begründeten Worten des Amtshauptmanns Dr. de Guery, der dabei auf die Aufgaben der Bezirksratversammlung und auf deren Rechte hinwies, wurde zu den Vorkandisatanten gezeihrt. Zum ersten Vorkandisaten wurde mit 20 gegen 18 Stimmen der links Geheimrat Dr. Bach (Oberlöbnitz) und zum zweiten Vorkandisaten Bürgermeister Angermann (Kloppitz) gewählt. Die Wahlen zum Bezirksratsschuss hatten folgenden Ergebnis: Geheimrat Dr. Bach (Oberlöbnitz), Bürgermeister Hans (Kloppitz), Ortsbürger Währ (Kloppitz), Bürgermeister Stock (Kloppitz), Bürgermeister Währ (Kloppitz), Bürgermeister Währ (Kloppitz), Bürgermeister Währ (Kloppitz), Bürgermeister Währ (Kloppitz) und Bürgermeister Währ (Kloppitz).

Über die Finanzlage des Bezirks machte der Amtshauptmann Mitteilung. Danach besäße das Vermögen des Bezirksverbandes hauptsächlich aus wertvollem und schuldlosentem Grundbesitz (vier Anwesen und ein Waldbesitz). Der Bezirksratsschuss schließt in Einnahme und Ausgabe mit 367 000 M. ab, davon 197 000 M. durch gewöhnliche Umlage und der Rest, der die sozialen Kosten umfasst, durch Sonderumlage. Der Amtshauptmann betonte die unbedingte Notwendigkeit der Erhöhung des Bezirksanteils an den Reichssteuer und ließ auf seinen Zweifel darüber, daß diejenigen Gemeinden, die jetzt aus dem Bezirk herausdrängen, beträchtliche Umschuldschulden zu zahlen haben werden.

Eine längere Aussprache rief die Frage der Zusammenlegung der beiden Dresdner Amtshauptmannschaften hervor. Ein vom Verwaltungsdirektor Ulrich (Kloppitz) eingebrachter Antrag hatte folgenden Wortlaut:

1. Dem Bezirksrat wird empfohlen, daß der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden-Kenstadt nicht gemittelt, auf sein Recht aus § 164 der Gemeindeordnung zu verzichten;  
 2. Dem Herrn Verwaltungsdirektor, der Amtshauptmannschaft und dem Bezirksrat wird empfohlen, daß der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden-Kenstadt nicht gemittelt, auf sein Recht aus § 164 der Gemeindeordnung zu verzichten;  
 3. Dem Herrn Verwaltungsdirektor, der Amtshauptmannschaft und dem Bezirksrat wird empfohlen, daß der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Dresden-Kenstadt nicht gemittelt, auf sein Recht aus § 164 der Gemeindeordnung zu verzichten.

Der Antrag wurde unter 1 gegen die Stimmen der Linken, unter 2 einstimmig angenommen. Im Anschluß nahm der Amtshauptmann Veranstaltung, dem stehenden Amtshauptmann, zugleich namens der Staatsregierung für seine erfolgreiche Tätigkeit zu danken und ihm die besten Wünsche für seine Tätigkeit im neuen Amt auszusprechen.

**Leistungsberechnung von Sachsen.** Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit: Das von der Postverwaltung herausgegebene Leistungsberechnung von Sachsen wird neu aufgelegt. Das Verzeichnis enthält sämtliche Ortlichkeiten von Sachsen und der zu den Oberpostdirektionsbezirken Leipzig und Chemnitz gehörenden Teile Thüringens unter Angabe der Amtshauptmannschaft des Amtsgerichtsbezirks und der Zustellpostanstalt. Es ist daher für alle, die einen regeren Postverkehr unterhalten, von großem Wert, weil es die richtige Adressierung der Postsendungen insbesondere nach Orten ohne Postanstalt ermöglicht, wodurch der Dienst des Sortierpersonals erleichtert wird. Der Preis des Verzeichnisses ist noch nicht bekannt. Bestellungen nehmen die Postanstalten bis 8. Juli entgegen.

Inhaltsverzeichnis zum amtlichen Teile der Sächs. Staatszeitung

Table listing contents for June 1924, including sections like 'Ministerium der Justiz', 'Ministerium des Innern', 'Ministerium der Finanzen', and 'Land- u. Forstwirtschaft'.

Aus Sachsen.

Die gesetzliche Miete im Monat Juli.

(N.) Nach den Kundgebildnissen des Landtags wird die Aufwertungsmiete vom 1. Juli 1924 ab von 15 Proz. der Friedensmiete auf 27 Proz. erhöht.

Offene Stellen für Lehrer.

Ständ. Lehrstelle an der Schule in Unterwiesitz, Ostst. B. Wohnung für für Beh.

Personenverkehrs.

den 3. Juli löst die Sächsisch-Böhmische Dampfeschiffahrt das in Fahrt 36 nachm. 1<sup>45</sup> Uhr ab Dresden sonst nach der Strecke vorsehene Schiff

Waldau.

Der Stadtrat hat dem Ortsrat über die Jubiläumsgelände in der Stadt Waldau zugestimmt.

Waldheim.

Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim.

Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

beizug von 200 000 Goldmark ab. Infolgedessen hat die Vermögenssteuer eine Neuregelung erfahren.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Waldheim. Am Freitag ist in früher Morgenstunde die mitten in der Stadt gelegene Bräunmühle bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Volkswirtschaft und Handel.

Der Reichsbankausweis.

Die in den beiden Vormonaten beobachtete Entwicklung des Status der Reichsbank hat sich nach dem Bankausweis vom 23. Juni noch etwas fortgesetzt.

Generalversammlung der Deutschen Bank.

Zu der Generalversammlung wurde zunächst der Dividendenloz schriftlich einstimmig genehmigt.

industriellen Unternehmen Maschinen, industrielle Anlagen in erster Linie werden den Juden zu denen hätten.

Eine Textilgenossenschaft.

Die Textilgenossenschaft zur Ermittlung der Ursachen der überhöhten Textilpreise ist ergebnislos verlaufen.

Kampf unter Altionären.

Bei der Zusammenkunft der Altionäre des Reichsbankausweises wurde die Diskussion über die Vermögenssteuer einleitend.

die Möglichkeit, einzelnen Betriebsbetriebe auf die Spur zu kommen, war nicht vorhanden.

Die Textilgenossenschaft.

Die Textilgenossenschaft zur Ermittlung der Ursachen der überhöhten Textilpreise ist ergebnislos verlaufen.

Kampf unter Altionären.

Bei der Zusammenkunft der Altionäre des Reichsbankausweises wurde die Diskussion über die Vermögenssteuer einleitend.

und über Goldausgaben des Unternehmens gehören sollte, und zwischen denen, die es unter Ausbeutung der Inflation durch Schaffung von Stammrechtsaktien an sich gebracht haben.

Stundenleistung und Produktionsquantität.

Aus Sachdaten wird uns geschrieben: Einen interessanten Beitrag zur Frage des Einflusses der Arbeitsleistung auf die Produktionsquantität liefert eine Statistik der Tages- und Stundenleistung eines Eisenarbeiters.

Sächsische Bodenerbschaft in Dresden.

Die Generalversammlung genehmigte den Papiermachfabrik für 1923, wonach aus dem rechnungsmäßigen Überschuss von 75 886 B. u. M. der Sonderreferat 3795 B. u. M., der Pensionrücklage 10 000 B. u. M. überwiegen und restliche 62 091 B. u. M. vorgetragen werden.

Importierten Strauße, von letzteren entsprach Nr. 55 der Jahre- und Reitschule...

In Gruppe II, leichteres Warmblut, war eine geringere Zahl von Tieren ausgestellt...

III. Reitsport. Das Reitsportfest beim Reitsport liegt in der Heranzucht eines schweren, leichtfüßigen, gänztigen Reitsportpferdes...

Mit der Landespolizei war auch eine Sullenschan verbunden, die zeigte, daß die inländische Jagd gleichwertig ist...

Kuherdem folgten pferdepolitische Darstellungen wie: Eignungsprüfungen für Wagenpferde, Eignungsprüfungen für Reit- und Wagenpferde...

Die Gehälter der unteren Beamten. Erhöhungen um zwei bis acht Mark.

Berlin, 29. Juni. Das Reichskabinett hat in seiner Freitagssitzung den Nachtrag zur Besoldungsordnung...

neuen Amtshauptmannschaft Dresden vereinigt wird. Nicht leicht werde es ihm, von seiner jetzigen Stelle zu scheiden...

Die große Entscheidung, die in der Beamtenenschaft über die völlig ungenügende Korrektur der Besoldungsregelung...

Denkmalweihe für Schlageter. Stille Zusammenkünfte mit Deutschen.

Neubrandenburg, 30. Juni. Hier fand gestern die Grundsteinlegung zu einem Schlageter-Denkmal in Anwesenheit...

Abschied von der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Die feierliche Verabschiedung des bisherigen Amtshauptmanns von Dresden-Neustadt Dr. de Guehery...

Tageschronik.

Mit dem Automobil verunglückt. Auf der Chaussee von Neubrandenburg nach Friedland fuhr ein Automobil...

Unwetternachrichten aus Pommern.

Stettin, 30. Juni. In den letzten Tagen sind schwere Gewitter über Pommern niedergegangen...

Furchbarer Wirbelsturm in Nordamerika.

Eine ganze Stadt weggefegt. Cleveland (Ohio), 29. Juni. Bericht zufolge hat ein Tornadoband die ganze Stadt Lorain weggefegt...

Devisenkurse, 30. Juni 1924. New York (1 Dollar) Geld 4 M. 19 Pf. Brief 4 M. 21 Pf.

Sächsische Bank zu Dresden. Bilanz am 31. Dezember 1923.

Table with Aktiva and Passiva sections, listing various bank assets and liabilities in millions of marks.

Gewinn- und Verlustkonto am 31. Dezember 1923.

Table with Debet and Kredit sections, showing profit and loss account details.

Direktion der Sächsischen Bank zu Dresden Grunberg. Schmidt. 1534

wurden geübt. Sämtliche Postkassen sind überfüllt. Alle verfügbaren Kruppen der Nationalgarde...

Spagna geübt. Am 29. Juni gegen 9 Uhr abends wurde ein kleiner Herd auf der Eisenbahnstation...

Wettertelegramme vom 30. Juni 1924, 8 Uhr morgens. Dresden: Höhe 110 m. Min. +16 Max. +24.

Für unser in Fürst Gräna gelegenes Kindererholungsheim werden 2 Helferinnen gesucht.

Die Genossenschaft ist aufgelöst. Gläubiger wollen sich melden. Brüderbund zu Wilkau 1508 in Ligu.

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 15 Pfennig

Tageskalender. Dienstag, 1. Juli. Staatstheater. Opernhaus.

Schauspielhaus. Bis mit 9. August geschlossen.

Neustädter Schauspielhaus. (Eröffnungsvorstellung der Sommeroper) Der Freischütz.

Neues Theater. Verabschiedung. (S. S. Nr. 4461-4700.) Anfang 1/2 8 Uhr.

Residenztheater. Verabschiedung. Anfang 1/2 8 Uhr.

Zentraltheater. Täglich Varietée-vorstellung.

Mobilien-Brand-Versicherungs-Verein zu Wiederau. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet...

Tagesordnung. 1. Vortrag des Jahresberichts für 1923. 2. Vorlegung und Richtigsprechung der Rechnung...

Das Direktorium. Max Reimann, Vorsitzender. 1535

Familiennachrichten. Verlobt: Dr. Willy Kriegsmann in Niederörschütz b. Tr. m. Fr. Friederich Bieger in Jischah.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Exp. List 37